

6. Ora et labora

Im Zuge der Revolution von 1848/1849 wurde in Wien gegen unmenschliche Arbeitsbedingungen und Niedriglöhne protestiert. Die Aufstände wurden mit Gewalt niedergeschlagen. Der Wiener Hof unter Kaiser Franz Joseph I. beauftragte Ludwig Freiherr von Welden (1782–1853) in seiner Funktion als Militärgouverneur das postrevolutionäre Wien von Aufständischen zu säubern.¹ In dieser Zeit formierte sich in Wien der erste von zwei Frauenvereinen, die sich in den 1850er-/1860er-Jahren und darüber hinaus intensiv der Arbeitserziehung von Mädchen aus dem sogenannten »Proletariat« widmeten. Die beiden in Konkurrenz zueinander stehenden Vereine gründeten zahlreiche Arbeits- bzw. Industrieschulen. Die Auswahl der Mädchen für diese Schulen war eine konzertierte Aktion von Frauen aus bürgerlichen und adeligen Kreisen. Zu diesem Zweck tauschten sie sich vielfach mit Pfarrern und Lehrern von Pfarrschulen aus. In den Wiener Vorstädten besuchten Vertreterinnen der einzelnen Ortsgruppen der Vereine zu zweit Familien aus prekären Verhältnissen, um deren Töchter in die aus Vereinsgeldern finanzierten Schulen zu holen. Im Gegenzug bekamen die Familien Sachspenden, die ihre Not lindern sollten. In diesen Schulen wurde zusätzlich zum Volksschulunterricht, wie er in Pfarrschulen stattfand, das Gebet geübt. Hauptsächlich wurden das Flickern, das Markieren der Kleidung (eine Form war das Monogrammieren) sowie das Häkeln und Stricken unterrichtet. Die Industripädagogik, die die Arbeit in diesen Schulen entscheidend prägte, entstand im Zuge der Aufklärung im 18. Jahrhundert. In der Überzeugung, Nützlichkeit bedeute Glückseligkeit, wurde die Arbeitserziehung als ein entscheidendes Mittel angesehen, um Menschen »brauchbar« zu machen. Den Lohn für ihr arbeitsames Leben sollten die Betroffenen in der Hoffnung auf Erlösung im Jenseits suchen.

Der erste Teil dieses Abschnittes beleuchtet die Rolle der Arbeitserziehung in der Industripädagogik und diesbezügliche Überlegungen der kaiserlichen Regierung. Wie in anderen europäischen Ländern erwogen die habsburgischen Behörden die Einführung einer verpflichtenden Arbeitserziehung für ärmere Bevölkerungsschichten. Aufgrund fehlender finanzieller Mittel wurde diese jedoch nicht umgesetzt, sondern stattdessen Privatgründungen gefördert. Frauen, die vielfach aus Beamten- oder Handwer-

1 Antengruber, Peter/Nemec, Birgit/Rathkolb, Oliver/Wenninger, Florian: Umstrittene Wiener Straßennamen. Ein kritisches Lesebuch, Wien: Pichler Verlag 2014, S. 272–274.

kerfamilien stammten, wurden in diesem Bereich um 1800 als Bildungsunternehmerinnen aktiv und gründeten Arbeitsschulen. Einige dieser Schulen wurden als verdeckte Schneidereien betrieben. Der zweite Abschnitt befasst sich mit Vereinen in Wien, die die Gründung und den Erhalt von Industrieschulen für Mädchen zum Ziel hatten. Die Vereine konnten auf ein bereits bestehendes Netz von Privatarbeitsschulen aufbauen. Einige Handarbeitslehrerinnen, die zunächst selbst über Jahre eine private Arbeitsschule betrieben hatten, erhielten durch die Gründung dieser Schulen in den 1850er-Jahren eine Anstellung.

6.1 Arbeitserziehung

Das Verhältnis zwischen Kindheit und (Erwerbs-)Arbeit hat sich im Laufe der Geschichte und in Abhängigkeit von geografischen Regionen erheblich gewandelt. Nicht nur in der Habsburgermonarchie wurden Kinder bis ins 20. Jahrhundert hinein bereits in jungen Jahren in verschiedene Arbeitsabläufe eingebunden und oft schon früh in die Arbeitswelt integriert.² In vielen Teilen der Welt werden Kinder bis heute als Arbeitskräfte eingesetzt, die – vielfach ausgebeutet – zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz ihrer Familien beitragen. Die Einführung der Unterrichtspflicht hatte langfristig einen Strukturwandel der Kindheitserfahrungen zur Folge.³ Gleichzeitig leisteten Kinder mit ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag zum Überleben ihrer Familien. Sowohl vonseiten der Regierung als auch vonseiten der Betriebe wurde Kinderarbeit als notwendig für das Wirtschaftsleben erachtet. Die Arbeit wurde entweder als Verlagsarbeit im Haus oder in neu etablierten Fabriken verrichtet.⁴ Damit einhergehend änderte sich im Zuge der Industrialisierung der Umgang mit Armut. In sogenannten Industrieschulen, die vielfältige Kenntnisse vermittelten und in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts Verbreitung fanden, sollte das Lernen durch Beschäftigung erfolgen und das emsige Arbeiten gefördert werden. Ähnliche Maßnahmen zur Arbeitserziehung verbreiteten sich zu dieser Zeit in vielen Teilen Europas.⁵ Einer der wichtigsten Vertreter der Industrieschulpädagogik war der Leitmeritzer Bischof Ferdinand Kindermann (1740–1801), der in den 1770er- und 1780er-Jahren in Böhmen die Industrieerziehung unter anderem in Form von Obst- und Gemüseanbau sowie Handarbeiten forcierte.⁶ »Von Böhmen aus breiteten sich die In-

-
- 2 Cunningham, Hugh: *Children and Childhood in Western Society Since 1500*, Harlow: Pearson Education Limited 2005, S. 81.
 - 3 In Philippe Ariès Konzeption fällt die Entwicklung der Schule mit der Entdeckung der Kindheit zusammen, siehe P. Ariès, *Kindheit*, S. 457f.
 - 4 Zum Spannungsfeld von Fabriksarbeit und Unterrichtspflicht siehe W. Schütz: *Fabrik*, S. 244–265.
 - 5 Fejtová, Olga/Hlavačka, Milan: »For You Always Have the Poor With You...«: From Charity to Municipal Social Policy, in: Milan Hlavačka/Olga Fejtová/Václava Horčáková/Veronika Knotková (Hg.), *Poverty, Charity and Social Welfare in Central Europe in the 19th and 20th Centuries*, Newcastle-upon-Tyne: Cambridge Scholars Publishing 2017, S. 6–21.
 - 6 Winter, Eduard: *Ferdinand Kindermann, Ritter von Schulstein (1740/1801), der Organisator der Volksschule und Volkswohlfahrt Böhmens. Ein Lebensbild nach archivalischen Quellen*, Augsburg: Stauda 1926. König, Michael: *Der industrielle Mensch. Die Industripädagogik des 18. Jahrhunderts als ein Spiegel der Pädagogik der Gegenwart*, Frankfurt a.M./Berlin/München: Diesterweg 1984, S. 18f.

dustrieschulen in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts und zu Beginn des 19. Jahrhunderts in fast allen deutschen Territorien aus. Ihre Einrichtung wurde überall von den Regierungen empfohlen, per Gesetz eingeführt und subventioniert. [...] Als obligatorisch galt der Industrieunterricht in Baden (1803), in Bayern (1804) und in Württemberg (1810).⁷

Mit der Beherrschung von Handarbeiten wurden je nach sozialer Herkunft mehrere Ziele verfolgt: Für Mädchen aus Familien, die im Handwerk, im Dienst, in der Landwirtschaft oder in der sich entwickelnden Industrie tätig waren bzw. Gelegenheitsarbeit verrichteten, war die Fähigkeit, Handarbeiten auszuführen, ein wichtiger Bestandteil ihrer künftigen Erwerbstätigkeit, die häufig im häuslichen Dienst begann. Gleichzeitig unterstützte der Unterricht im Handarbeiten die Arbeitskräftebeschaffung, indem Mädchen auf eine mögliche Tätigkeit im Textilsektor vorbereitet bzw. im Erlernen der dafür notwendigen Fertigkeiten ausgebildet wurden. Auch für Mädchen aus Beamtenfamilien, bürgerlichen und adeligen Kreisen waren Kenntnisse verschiedener Handarbeiten wichtig. Für das im bürgerlichen Zeitalter fortwährend propagierte Streben nach Sparsamkeit und guter Haushaltsführung war es von Vorteil, wenn Dienstgeberinnen die Qualität der Arbeit des Dienstpersonals beurteilen konnten. Das Erlernen von Stickerei- oder Tapisserie-Arbeiten blieb Mädchen aus wohlhabenden Schichten vorbehalten und erfüllte eine repräsentative Funktion. Im Laufe des 19. Jahrhunderts entwickelte sich aus diesen oft in Gemeinschaft ausgeführten Tätigkeiten eine Hobbykultur, was durch die Verbreitung von Frauenzeitschriften und seriell gefertigten Vorlagen seit dem Vormärz begünstigt wurde.⁸ Die Raffinesse dieser Stücke zog nicht nur die Aufmerksamkeit der Besucher:innen im Haushalt auf sich, sondern sie wurden auch öffentlich zur Schau gestellt. Die *Gesellschaft adeliger Frauen zur Förderung des Guten und Nützlichen* veranstaltete jedes Jahr eine Ausstellung feiner Handarbeiten im Wiener Volksgarten. Im Rahmen dieser Ausstellung wurden Preise für die besten Werkstücke vergeben. Auch Besitzerinnen privater Bildungseinrichtungen nahmen an diesen Wettbewerben teil. Zudem wurde die halbjährliche öffentliche Prüfung in Privat-Mädchenschulen oft von Präsentationen der Werkstücke der Schülerinnen begleitet.

Dem Ausstellen von Werkstücken kam im 19. Jahrhundert eine besondere Bedeutung zu. Textilunternehmer:innen nahmen an den ab 1835 vom *Niederösterreichischen Gewerbeverein* veranstalteten Kunst- und Industrieausstellungen teil. Ein Preis oder eine lobende Erwähnung bedeutete Publizität, da die lokalen Zeitungen über die verschiedenen Etappen dieser Ausstellungen und die verliehenen Preise berichteten. Pia Schmid zufolge wurde das Handarbeiten für Mädchen aller Schichten deshalb so sehr propagiert, weil sie den Mädchen einen Platz in den bürgerlichen Geschlechterrollen zuwies: Sie saßen, schauten konzentriert auf ihre Handarbeit und waren aufopferungsvoll und pas-

7 Aumüller, Ursula: Industrieschule und ursprüngliche Akkumulation in Deutschland. Die Qualifizierung der Arbeitskraft im Übergang von der feudalen in die kapitalistische Produktionsweise, in: Ursula Aumüller/Klaus L. Hartmann (Hg.), *Schule und Staat im 18. und 19. Jahrhundert. Zur Sozialgeschichte der Schule in Deutschland*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1974, S. 9–145, hier S. 76.

8 C. Holm: *Handarbeiten – Luxusarbeiten*, S. 71–89, hier S. 73f.

siv.⁹ In den Arbeitsschulen wurden das Handarbeiten und Beten forciert, um die Mädchen körperlich und geistig gefügig zu machen.

Im Gegensatz zur heutigen Bedeutung des Wortes »Industrie«, das mit Betrieben in Verbindung steht, stammt die Verwendung des Wortes in diesem Zusammenhang aus dem Bereich der Schulung praktischer Fähigkeiten.¹⁰ In der Krünitz'schen *Ökonomischen Enzyklopädie* wird der Begriff mit den Worten »Geschicklichkeit, Arbeitsamkeit, Arbeitstrieb, Betriebsamkeit, Emsigkeit, Gewerbsamkeit, [und] Kunstfleiß«¹¹ übersetzt. Die Historikerin Christine Mayer zeichnet die pädagogisch-christlichen theoretischen Konzeptionen nach, die die Überlegungen zur Industriebildung im deutschsprachigen Raum prägten. Wichtige Vertreter dieser Strömung waren unter anderem Heinrich Philipp Sextro (1746–1838), Arnold Wagemann (1756–1834) und sein älterer Bruder Ludwig Gerhard (1747–1804), Christian Gotthilf Salzmann und Joachim Heinrich Campe. In ihren Schriften bezogen sie sich auf Jean Jaques Rousseaus *Émile*, dessen Erzieherfigur Mäßigung und Arbeit als die »beiden wahren Ärzte des Menschen«¹² hervorhebt. Sextro ging in seiner 1785 erschienen Publikation *Über die Bildung der Jugend zur Industrie*¹³ auf die Notwendigkeit ein, Kinder sozial benachteiligter Schichten frühzeitig zur Arbeit anzuhalfen. Industriebildung sei allerdings auch für Mädchen aus dem Mittelstand wichtig, um Textilien selbst herstellen und dadurch sparsam leben zu können. Sextros Entwurf sah zwar vor, dass auch Knaben durch Arbeiten, wie Stricken und Nähen, eine arbeitssame Haltung erlernen könnten, diese Arbeiten wurden dennoch nicht als Teil der geschlechterspezifisch angemessenen Erziehung für Knaben betrachtet.¹⁴ Die Brüder Wagemann gehörten zum Bekanntenkreis von Heinrich Philipp Sextro und setzten sich ebenfalls für die Industriebildung ärmerer Bevölkerungsschichten ein. Arnold Wagemann publizierte die Schrift *Über die Bildung des Volks zur Industrie*,¹⁵ in der er der Frage nachging, wie der Bauernstand zu besserer Produktivität gebracht werden könne.¹⁶ In eine ähnliche Kerbe schlug Joachim Heinrich Campe, der die Notwendigkeit der bürgerlichen Werte der Ordnung, des Fleißes und der Sparsamkeit hervorhob. Campe bezeichnete das 18. Jahrhundert als das pädagogische Jahrhundert und war wesentlich an der Verbreitung der Ideen der Anti-Masturbationskampagnen beteiligt.¹⁷ Der evangelische Pfarrer und

9 Schmid, Pia: »Weibliche Arbeiten«. Zur Geschichte von Handarbeiten, in: Elke Kleinau/Walburga Hoff/Pia Schmid (Hg.), *Gender-Geschichte/n. Ergebnisse bildungshistorischer Frauen- und Geschlechterforschung*, Köln/Weimar/Wien: Böhlau 2008, S. 49–72, hier S. 60f.

10 M. König: *Industriepädagogik*, S. 3f.

11 Artikel »Industrie«, in: Krünitz, Johann Georg: *Ökonomisch-technologische Enzyklopädie*, Band 29 (1783), S. 710

12 J. J. Rousseau: *Émile*, S. 76.

13 Sextro, Heinrich Philipp: *Über die Bildung der Jugend zur Industrie*, Göttingen: Dieterich 1785.

14 Mayer, Christine: »Industriebildung« als Erziehung zur Erwerbstätigkeit von Mädchen im 18. und 19. Jahrhundert in Deutschland, in: Marianne Friese/Elisabeth Dickmann (Hg.), *Arbeiterinnengeschichte im 19. Jahrhundert. Studien zum sozio-kulturellen Wandel und zum politischen Diskurs in den Frauenbewegungen in Deutschland, England, Italien und Österreich*, Münster/Hamburg: LIT Verlag 1993, S. 271–295, hier S. 275.

15 Wagemann, Arnold: *Ueber die Bildung des Volks zur Industrie. Erster Theil*, Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht 1791.

16 Zur Erziehung des »industriösen Bauern« siehe M. König: *Industriepädagogik*, S. 110f.

17 I. Hull: *Sexuality*, S. 258–280.

Pädagoge Christian Salzmann machte sich ebenfalls nicht nur Gedanken über die Industrieerziehung von Kindern, sondern auch »Über die heimlichen Sünden der Jugend.«¹⁸ Er bezeichnete den Mangel an körperlicher Arbeit als Ursache verschiedenster Übel, besonders der Onanie, und Arbeitsamkeit als die beste Maßnahme, um nicht auf Abwege zu geraten. Die Vorstellungen über Müßiggang, Armut und Industrieerziehung wurden 1805 in einem Abschnitt der *Politischen Verfassung der Deutschen Schulen* festgehalten:

»Da Müßiggang und Armuth die Quelle vieler Vergehen, Fleiß und Arbeitsamkeit hingegen der Grund eines ehrlichen Auskommens und rechtschaffenen Wandels sind; so wird sich der Lehrer einen besonderen Verdienst um die Schuljugend erwerben, wenn er sich angelegen seyn läßt, die Unterweisung und Gewöhnung derselben zu Handarbeiten, zum Spinnen, Stricken, Nähen, u.s.w. gemeinschaftlich mit dem Ortsseelsorger auf alle Art einzuleiten und zu befördern.«¹⁹

Christine Mayer führt am Beispiel der Hamburger Armenanstalt aus, dass speziell Mädchen und Frauen zum Zielpublikum der Industrieschulpädagogik wurden, da diese überproportional von Armut betroffen waren. Ihnen standen nur wenige Berufs- und Erwerbsmöglichkeiten offen:

»Für sie war es aus armenpolitischer Sicht unabweisbar, im Rahmen des Industrieunterrichts ein Gewerbe zu erlernen, auf das sie im Notfall oder nach dem Ausstieg aus dem Dienst zurückgreifen konnten.«²⁰

Arbeitserziehung und Kriminalitätsbekämpfung wurden von Anfang an miteinander verschränkt gedacht. Im 18. Jahrhundert entstanden staatlich sanktionierte Straf- und Besserungsanstalten²¹ sowie Spinnschulen, in denen sich Waisen nützlich machen sollten.²² Die Begriffe Arbeitsschule und Industrieschule wurden zeitgenössisch häufig synonym verwendet. Diese Institutionen hatten jedoch anfangs verschiedene Zielsetzungen. Arbeitsschulen, in denen manuelle Fähigkeiten vermittelt wurden, gab es schon vor dem 18. Jahrhundert. Die Industripädagogik hatte, wie der Historiker Michael König betont, die Formung eines ganz bestimmten Menschen im Sinn, »sie diene als Stütze des sich schnell entwickelnden Bürgertums wie auch dem Herrschaftsanspruch

-
- 18 Salzmann, Christian Gotthilf: Über die heimlichen Sünden der Jugend, Wien: Johann Wilhelm Spitz 1816. Seine knapp 200-seitige Abhandlung zum Thema erschien erstmals 1785, später in dritter Auflage in Wien 1816.
- 19 PSchV 1833, §37, S. 101.
- 20 C. Mayer: Industriebildung, S. 271–295, hier S. 287. Mayer, Christine: Poverty, education and gender: Pedagogic transformations in the schools for the poor (Armenschulwesen) in Hamburg, 1788–1871, in: *Paedagogica Historica* 47/1–2 (2011), S. 91–107.
- 21 Scheutz, Martin: »Hoc disciplinarium ... erexit.« Das Wiener Zucht-, Arbeits und Strafhaus um 1800 – eine Spurensuche, in: Gerhard Ammerer/Alfred Stefan Weiß (Hg.), Strafe, Disziplin und Besserung. Österreichische Zucht- und Arbeitshäuser von 1750 bis 1850, Frankfurt a.M.: Peter Lang 2006, S. 63–96.
- 22 Scheutz, Martin: Pater Kindergeneral und Janitscharenmusik. Österreichische Waisenhäuser der Frühen Neuzeit im Spannungsfeld von Arbeit, Erziehung und Religion, in: *OeZG* 25/1 (2014), S. 41–81.

des absolutistischen Staates.«²³ Königs Argument lässt sich wie folgt zusammenfassen: Der Unterricht in Handarbeiten für Mädchen hatte lange Tradition, wohingegen der Unterricht in den Industrieschulen umfassender und auch berufsvorbereitend gewesen sei.²⁴

In diesem Kapitel werden die Begriffe unter den folgenden Gesichtspunkten weitgehend synonym verwendet: Das Argument, das sich auf ältere Literatur stützt und besagt, dass die Intentionen der Industripädagogik umfassender gewesen seien und über die bloße Vermittlung von Handarbeiten hinausging, hängt auch damit zusammen, dass das Handarbeiten als weibliche Tätigkeit abgewertet wurde. Diese Abwertung ging mit einem zunehmend enger werdenden Fokus des Arbeitsunterrichts einher, der überwiegend Mädchen adressierte. Die Begriffe Arbeits- und Industrieschule werden in den Berichten der habsburgischen Schulbehörden häufig synonym verwendet.

Industrieschulen zur Kriminalitätsbekämpfung?

Während der Napoleonischen Kriege wurde die Armut der Bevölkerung so drückend, dass Kaiser Franz II./I. im Jahr des Staatsbankrotts von 1810 die Gründung des Frauenvereins *Gesellschaft adeliger Frauen zur Beförderung des Guten und Nützlichen* genehmigte. Der erste Frauenverein der Habsburgermonarchie unterstützte unter anderem die Verbreitung des Handarbeitsunterrichts durch die Finanzierung von Arbeitsschulen und den Verkauf von Handarbeiten.²⁵ Im Dezember 1813 berieten Mitglieder der Obersten Justizstelle und der Studienhofkommission über Maßnahmen zur Verbrechensverhütung. In den Überlegungen der Behörden hatte der Arbeitsunterricht das Potenzial, revolutionäre Umtriebe zu schwächen, indem er Moral, Arbeitsamkeit und Vaterlandsliebe vermittelte. Zudem war nach der Aufhebung der Kontinentalsperre Großbritannien als größter Konkurrent der industriellen Produktion zurückgekehrt, sodass fleißige Arbeitskräfte vonnöten waren.²⁶ Trotz eines statistischen Rückgangs der Straftaten in Niederösterreich und Wien zur Zeit des Wiener Kongresses,²⁷ wurde das Thema als dringlich erachtet. Der Mangel an Industrieschulen galt als eine der Hauptursachen der Kriminalität, weshalb die Provinzregierungen aufgefordert wurden, die Möglichkeiten zur Errichtung solcher Schulen zu prüfen.²⁸ Konkret sollten folgende Fragen beantwortet werden: »ob und unter welchen Modalitäten, dann an welchen Orten eigene Industrieschulen zu errichten, und auf welche Art die dazu erforderlichen Kosten zu sichern wären.«²⁹

23 M. König: Industripädagogik, S. 5.

24 Ebd.

25 W. Schütz: Association, S. 119–140.

26 In der Tat überlebten viele Manufakturen, die während der Blockade floriert hatten, insbesondere in der Textilindustrie, die folgenden Jahre nicht. Good, David F.: *The economic rise of the Habsburg empire, 1750–1914*, Berkeley, CA: University of California Press 1984, S. 50.

27 Vaterländische Blätter, 24.05.1815, S. 253f.

28 Hubert Pramhas erwähnt die Herstellung einer Verbindung zwischen Kriminalität und dem Mangel an Industrieschulen, analysiert die entsprechenden Akten jedoch nicht. Siehe Pramhas, Hubert: *Zur Geschichte der Kinderarbeit von Joseph II. bis zum Ende des Ersten Weltkrieges*, Wien 1993, S. 40f.

29 ÖStA, AVA, Unterricht, StHK, 17a in genere: Industrieschulen, S. 9.

Im Zuge der im Jahr 1814 durchgeführten Umfrage wurden mehr als 200 Seiten Berichte produziert und an die Hofkanzlei übermittelt. Aufgrund der angespannten Finanzlage setzte diese das Projekt jedoch nicht in die Tat um. Die Berichte geben Einblicke in die Vorstellungen von industrieller Entwicklung, sozialer Herkunft sowie geschlechtsspezifischen Rollenerwartungen. In den Unterlagen wurden die Begriffe »Industrieschule« und »Arbeitsschule« häufig synonym verwendet, auf Nachfrage definierte die kaiserliche Regierung, was eine solche Industrieschule sei:

»Es werden Lehranstalten verstanden, in denen die Jugend nicht nur mit der zweckmäßigen Art, die Arbeiten ihres künftigen Standes zu betreiben, bekannt gemacht wird, sondern in denen auch in ihr der Trieb zur eigenen Verschaffung der nöthigen Bedürfnisse, zur bürgerlichen Betriebsamkeit und Sparsamkeit durch Lehr- und Angewöhnung erregt und verstärkt werden soll.«³⁰

Die kaiserliche Regierung beschränkte sich nicht darauf, Informationen innerhalb der Habsburgermonarchie einzuholen. Im Jahr 1814 kontaktierte Staatskanzler Clemens Fürst Metternich den Botschafter in London, um Informationen über britische Industrieschulen einzuholen. Zudem beauftragte er Michael Gruber (1750–1823), den Referenten der Studienhofkommission und ehemaligen Gesandtschaftskaplan in Berlin und London, britische Fachliteratur zu diesem Thema zu analysieren.³¹

In den Berichten der Provinzen aus dem Jahr 1814 wird erkennbar, wie breit der Interpretationsrahmen für die potentiellen Inhalte und das Ausmaß industrieller Bildung war. Der Gouverneur der Steiermark, Ferdinand Graf Bissingen-Nippenburg (1749–1831), lehnte die Einführung von Industrieschulen ab. In den existierenden Schulen würde genug unterrichtet und kriegsbedingt herrsche ohnehin ein Mangel an Hilfskräften. Für Knaben hielt er, ganz im Sinne der Förderung der einheimischen Produktionskraft, eine Ausbildung in Obstanbau und Bienenzucht für zielführend.³² Bei Mädchen sei das, was sie zu Hause lernen würden, ausreichend: »so viel eine künftige Landwirthin bedarf, ihre Suppe lernt ohnehin jedes Mädchen von seiner Mutter kochen.«³³

Die überwiegende Meinung war, dass vor allem schulpflichtige Mädchen, aber auch Knaben aus armen Verhältnissen im Alter von sechs bis zwölf Jahren, zusätzlich Industrieunterricht erhalten sollten. Das Kreisamt des Viertels unter dem Manhartsberg forderte zudem, dass Mädchen über die Unterrichtspflicht hinaus, bis zu ihrem Eintritt in den Dienst, zum Industrieunterricht verpflichtet werden sollten, es sei denn, sie seien den ganzen Tag zu Hause beschäftigt. Die Kreisbehörde und der Ortspfarrer sollten die Mädchen überwachen, »damit dieselben in jeder arbeitsfreien Stunde unfehlbar in der

30 Ebd., S. 10.

31 ÖStA, AVA, Unterricht, StHK, 17a in genere: Industrieschulen, S. 112.

32 Die Vermittlung von Kenntnissen in der Obst- und Bienenzucht wurde seit der Einführung der Unterrichtspflicht als wichtig erachtet. 1848 wurde der Unterricht in Seidenraupenzucht hinzugefügt, woran Lehrer mit einem Ministerialerlass vom 25.02.1869 erinnert wurden. L. Boyer: Elementarschulen, S. 271.

33 ÖStA, AVA, Unterricht, StHK, 17a in genere: Industrieschulen, S. 89–93.

Industrieschule, oder, wie man sie besser benennen könnte, in diesem Beschäftigungshause erscheinen, und deren Sittlichkeit beobachtet³⁴ werde. Das Nichterscheinen solle bestraft und der Pfarrer ermutigt werden »bey jeder anderen Gelegenheit gegen den Müßiggang und Nichtbeschäftigung zu eifern.«³⁵

Abb. 16: Kartenspiel (24 Blatt) mit Berufsdarstellungen: Couturière/
Näherin/Sewer, ca. 1830–1835.



Quelle: Wien Museum Inv.-Nr. 47924/6 (<https://sammlung.wienmuseum.at/objekt/123088/>)

34 ÖStA, AVA, Unterricht, StHK, 17a in genere: Industrieschulen, S. 23–68.

35 Ebd.

Die Niederösterreichische Landesregierung schlug vor, im Fall der Einführung von Industrieschulen in der Habsburgermonarchie, der *Gesellschaft adeliger Frauen*, und nicht dem katholischen Klerus, die Aufsicht über diese Schulen zu übertragen. Dieser Vorschlag zeigt, wie sehr der Frauenverein seit seiner Gründung seinen Einfluss im Feld der Wohltätigkeit geltend machen konnte.³⁶ In den Berichten aus den Provinzen wurde wiederholt erwähnt, dass es bereits viele private Mädchenarbeitsschulen gab. In der Zusammenfassung der mährischen Beamten wurde über die Praxis berichtet, Mädchen in städtischen Gebieten außer Haus in Handarbeit unterrichten zu lassen, während Mütter ihre Töchter in ländlichen Gebieten ohnehin zu Hausfrauen ausbilden würden.³⁷ Der Grazer Gouverneur erwähnte Lehrerinnen, die Handarbeitsunterricht erteilten, sowie Näherinnen, die »Lehrlinge« aufnahmen. Der Statthalter von Böhmen, Franz Anton Graf Kolowrat-Liebsteinsky (1778–1861), berichtete von einer beträchtlichen Anzahl von Mädchen-Industrieschulen in den Städten und fügte hinzu: »ihre Vermehrung nimmt mit jedem Jahre zu.«³⁸ In den Städten würden »Meisterinnen«³⁹ Mädchen in allen Arten von Handarbeiten ausbilden, damit diese in Zukunft ein unabhängigeres Einkommen hätten. Unabhängigkeit war allerdings nicht das Ziel von Arbeitserziehung, wie ein Zitat aus der Stellungnahme des Bischofs Sigismund Graf Hohenwart (1745–1825) zeigt, der ebenfalls an der Industrieschulen-Umfrage teilnahm. Er äußerte Bedenken hinsichtlich der Inhalte der Handarbeitserziehung:

»Die erlangte Fertigkeit in schönen Arbeiten verleitet sie so leicht ohne Dienst zu bleiben, und von ihrer Handarbeit zu leben, um die ihre so gefährliche Freiheit und Unabhängigkeit zu behaupten, welche sie, wie die Erfahrung lehret, meistens zur Ausschweifung führt.«⁴⁰

Er war der Meinung, dass nur das unterrichtet werden sollte, was für eine Tätigkeit im Dienst notwendig sei, und merkte an, dass den »Arbeitsmeisterinnen« in solchen Schulen ein gutes Gehalt gezahlt werden müsse, »damit sie den Unterricht mehr auf die armen Schülerinnen richten.«⁴¹ Der Kommentar von Hohenwart zeigt, wie sehr der Handarbeitsunterricht das Potential inne hatte, Frauen zu mehr Handlungsmöglichkeiten zu verhelfen. Die Historikerin Claudia Ulbrich zeigt am Beispiel der Nähschule der ehemaligen Schauspielerin Karoline Kummerfeld, für die der Handarbeitsunterricht zwischen 1785 und 1815 eine wichtige Einkommensquelle war, wie umfangreich die Kenntnisse oft waren:

»Liest man die kritischen Kommentare, die Karoline Kummerfeld in ihren Nähjournalen über einige ihrer Schülerinnen verfasst hat, so entsteht der Eindruck, dass ihr die Erziehung der Mädchen zu Fleiß, gutem Betragen und ordentlicher Arbeit besonders

36 Ebd. Siehe W. Schütz: Association, S. 119–140, hier S. 132.

37 ÖStA, AVA, Unterricht, StHK, 17a in genere: Industrieschulen, S. 95–108.

38 ÖStA, AVA, Unterricht, StHK, 17a in genere: Industrieschulen, S. 76–82.

39 Ebd.

40 ÖStA, AVA, Unterricht, StHK, 17a in genere: Industrieschulen, S. 69–71.

41 Ebd.

wichtig war. Schaut man sich allerdings die Stoffe, mit denen die Schülerinnen gearbeitet hatten, die Techniken, die sie erlernt hatten, und die Objekte, die sie hergestellt hatten, genauer an, so wird deutlich, wie viel handwerkliches Wissen in Kummerfelds Unterricht vermittelt wurde und wie viele Handarbeiten angefertigt wurden, die Raum für Kreativität ließen.«⁴²

Auch der spätere Wiener Erzbischof Vincenz Eduard Milde wurde um eine Beurteilung zur Einführung von verpflichtender Industriebildung gebeten. Er betonte das Potenzial des Arbeitsunterrichts als sicherstes Mittel gegen das »Laster«,⁴³ da die Kinder nützlich beschäftigt wurden. Hinzu käme, dass es sich um eine Beschäftigung handle, die auch außer Haus, beim Viehhüten, ausgeführt werden könne. Viehhüten wurde vielfach als potentiell gefährlich betrachtet und in der *Politischen Verfassung der Deutschen Schulen* als Verleitung zur besagten »Immoralität«⁴⁴ beschrieben. Milde zeigte sich wenig begeistert von privat geführten Arbeitsschulen: »Viele derselben sind nicht Bildungsanstalten, sondern Erwerbungsanstalten des Eigennutzes, eigentliche Zwangsarbeits-Häuser.«⁴⁵ In diesem Zusammenhang bezeichnete er die Industrieschulen als Förderer von Eitelkeit und Modesucht, in denen die Bildung des Geistes vernachlässigt würde.

Der zusammenfassende Bericht der Industrieschulumfrage, der 1815 an alle Länderstellen erging, kam zum Schluss, dass der Arbeitsunterricht zwar wichtig sei, jedoch Privaten überlassen werden müsse:

»Wo Private, die die nöthigen Kenntnisse besitzen, sich durch Moralität empfehlen, und unter der Arbeit auch durch Gespräche Gutes wirken können und sich dazu melden, wäre ihnen die Erlaubnis ohne Schwierigkeit zuzugestehen.«⁴⁶

Die Meinungsäußerungen zur Umfrage der kaiserlichen Regierung zeigen, dass speziell für Mädchen der Unterricht in Handarbeiten als wichtig erachtet wurde. Zum Zeitpunkt der Umfrage gab es bereits zahlreiche von Frauen geführte Arbeitsschulen, deren Zahl in den Folgejahren aufgrund des Konsenses über die Wichtigkeit des Handarbeitsunterrichts für Mädchen anstieg. Dazu trug sicher bei, dass die kaiserliche Regierung die Erteilung der Erlaubnis für solche Schulgründungen ausdrücklich empfahl. Für die Behörden stand fest, dass Frauen mit Handarbeitskenntnissen eher in der Lage waren, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. Gleichzeitig wurden Ängste vor einer Selbstständigkeit geäußert, denn das Ziel des Handarbeitsunterrichts für Mädchen aus in Armut lebenden Schichten war ein Leben im Dienst. Frauen, die im Dienst tätig waren und ein Gewerbe anmelden wollten, mussten zunächst jahrelang sparen, bevor sie den Schritt in die Selbstständigkeit wagen konnten.⁴⁷ Zwei Bittgesuche zeugen von den vielfältigen

42 C. Ulbrich/G. Emberger (Hg.): Kummerfeld, S. 47f.

43 ÖStA, AVA, Unterricht, StHK, Teil 2, 695 1, 17a in genere: Industrieschulen, S. 23–68.

44 PSchV 1807, Abschnitt XV, § 7.

45 V. E. Milde: Lehrbuch der allgemeinen Erziehungskunde im Auszuge, Teil 1, S. 54.

46 ÖStA, AVA, Unterricht, StHK, Teil 2, 695 1, 17a in genere: Industrieschulen, S. 9–12.

47 Hannelore Burger beschreibt den Fall der aus dem Königreich Bayern stammenden Elisabeth Hausner, die zunächst als Dienstmädchen gearbeitet hatte und sich nach ihrer Einbürgerung im Jahr 1833 als Schmuckmacherin selbstständig machte. H. Burger: Staatsbürgerschaft, S. 38–44, hier S. 38.

Schicksalen: In einem Bittgesuch vom Dezember 1816 an die vierte Ehefrau des Kaisers, Kaiserin Karoline Auguste, bat eine 18-jährige Handarbeiterin um Unterstützung, da ihr Einkommen nicht ausreiche, um sich und ihren 80-jährigen Vater zu versorgen.⁴⁸ In einem weiteren Bittgesuch aus dem Jahr 1817 schilderte die 27-jährige Ehefrau eines arbeitsuchenden Mediziners, dass sie ohne Einkommen sei, da sie keine Fähigkeiten in der weiblichen Handarbeit besitze.⁴⁹ Es ist unklar, ob in diesen Fällen finanzielle Zuwendungen genehmigt wurden. Die Beispiele unterstreichen jedoch die Wichtigkeit von Handarbeits-Kenntnissen für Mädchen und Frauen, die aber meist nicht zum Ausstieg aus dem Prekariat verhelfen.

Zwischen Unterricht und Handwerk

Im Jahr 1822 wurde es Frauen ermöglicht, ohne eine behördliche Genehmigung einige Mädchen im Handarbeiten zu unterrichten, wobei sie den Unterricht jedoch nicht als »Schule« bezeichnen und dementsprechend bewerben durften. Grund für diesen Beschluss war der Fall der Weißnäherin Magdalena Handlos, die mit Nähen und dem Ausbessern von Unterwäsche, Hemden und Blusen ihren Unterhalt verdiente. Sie beantragte 1821 die Genehmigung zur Einrichtung einer Arbeitsschule. Nach der anfänglichen Ablehnung suchte sie im Frühjahr 1822 erneut um eine Genehmigung an und argumentierte, dass sie im Rahmen ihrer Tätigkeit als Näherin bereits einige Mädchen in Handarbeiten unterrichtete. Sie äußerte offen ihre Absicht, die Regelungen im Hinblick auf Arbeitsschulen für ihr Unternehmen zu nutzen, und wurde daraufhin ein zweites Mal abgelehnt. Der an der Spitze der Niederösterreichischen Landesregierung stehende Augustin Reichmann Freiherr von Hochkirchen bot der Näherin jedoch einen gewissen Spielraum. Er erklärte, dass es Handlos gestattet sei, einige Mädchen in Handarbeit zu unterrichten, sofern sie diesen Handarbeitsunterricht nicht als »Schule« bezeichne und auch nicht für ihre Unterrichtstätigkeit warb.⁵⁰ Die Polizei erhob Einwände gegen diese Entscheidung und forderte Reichmann auf, bei der Erteilung von Genehmigungen für neue Schuleinrichtungen großzügiger zu sein, da zwei Probleme auftreten könnten, wenn solche Vereinbarungen zur gängigen Praxis würden:

»1. daß dadurch die Polizeyaufsicht unmöglich gemacht, und zugleich liederlichen Weibspersonen hierzu Gelegenheit verschafft werde; und 2. daß die gegenwärtigen Besitzer von Befugnissen, zur Entweichung der Erwerbsteuer, dieselben zurücklegen und ohne Aufsicht im Verborgenen unterrichten würden.«⁵¹

48 ÖStA/HHStA KA BS, 1816–1831, Bittgesuch von Elisabeth Steighoffer, Wien am 19.12.1816.

49 ÖStA/HHStA KA BS, 1816–1831, Bittgesuch von Sophie Walter, Wien am 11.01.1817.

50 Richard Wagner erwähnt in seiner Geschichte der Textilarbeiter, dass der Spielraum 1851 geschaffen wurde, während er für Magdalena Heinich bereits dreißig Jahre zuvor bestand. Wagner, Richard: Geschichte der Kleiderarbeiter in Oesterreich im 19. Jahrhundert und im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts, Wien: Gewerkschaft der Kleiderarbeiter Österreichs 1930, S. 12.

51 ÖStA, AVA, Unterricht, StHK, Teil 2, 534, 13B2 in genere, Bericht über die Berechtigung, einzelnen Mädchen ohne Bewilligung, in weiblichen Arbeiten Unterricht erteilen zu dürfen.

Diese Regelung blieb jedoch bestehen und ist ein Beispiel für die Möglichkeiten, die sich durch die Praxis der Anlassgesetzgebung mitunter ergaben. Die Grenzen zwischen der Herstellung professioneller Handarbeitsprodukte und der Vermittlung von Handarbeit in einer Industrieschule waren fließend. Offiziell waren Lehrlinge nur in von Männern betriebenen, zünftig organisierten Schneiderwerkstätten erlaubt. Dennoch ist in der Behördenkorrespondenz und auch in Zeitungsanzeigen wiederholt von Frauen und ihren Lehrlingen die Rede.⁵²

Mit dem Inkrafttreten der *Politischen Verfassung der Deutschen Schulen* im Jahr 1806 wurde der Arbeitsunterricht geregelt. Für den Betrieb einer Arbeitsschule war eine Befugnis erforderlich. Ausgenommen von dieser Regelung waren jene Personen, die Mädchen für ihr Unternehmen benötigten. Diese mussten jedoch bereits die sechsjährige Schulpflicht absolviert haben.⁵³ Für Näherinnen hatte die Einrichtung einer Industrieschule den Vorteil, dass Mädchen zusätzlich zum Unterricht in der Volksschule auch den Handarbeitsunterricht besuchten. Somit nahmen sie nicht nur am Unterricht teil, um etwas zu erlernen, sondern stellten bei steigender Fertigkeit auch eine Arbeitskraft dar. Die Feststellung Vincenz Eduard Mildes, dass einige dieser Schulen »Zwangsarbeits-Häuser« seien, war insofern vermutlich zutreffend. Näherinnen waren von den Zünften ausgeschlossen und durften weder Werkstätten einrichten, noch die Rolle einnehmen, die Meistern mit Gesellen und Lehrlingen zukam. Die Aneignung dieser verbotenen Strukturen durch das Schlupfloch des Handarbeitsunterrichts führte zu Protesten der Schneiderzunft. In einem Regierungserlass vom 13. November 1813 wurde genau festgelegt, was die Genehmigung des Handarbeitsunterrichts bedeutete.

»Da die Verfertigung weiblicher Kleidungsstücke zu den weiblichen Handarbeiten gehörte, so steht es auch denjenigen, welche von der Regierung Befugnisse zum Unterrichte in den weiblichen Handarbeiten überhaupt erhalten haben, frei, ihre Zöglinge auch in der Verfertigung weiblicher Kleidungsstücke zu unterrichten.«⁵⁴

Die Umwandlung von Industrieschulen in Schneiderwerkstätten wurde explizit abgelehnt, da diese Praxis eine Gefährdung der Zünfte bedeuten würde:

»Jedoch darf, in so langer Zeit noch in Beziehung auf die Frauenschneider das Innungssystem fortbestehen, derlei Industrieschulen keineswegs in förmliche Schneiderwerkstätte, zur Beeinträchtigung der Innung, umgestaltet werden, und man kann den Inhaberinnen solcher Industrieschulen nicht gestatten, die von ihren Zöglingen daselbst verfertigten Kleidungsstücke zu verkaufen.«⁵⁵

52 Die Näherin und Arbeitsschulinhaberin Katharina Rudesch kündigte 1815 an »Lehrmädchen« aufzunehmen. Sie bezeichnete sich als »k.k. Beamtenfrau, und befugte Inhaberin einer öffentlichen Mädchenschule weiblicher Handarbeiten.«. Wiener Zeitung, 26.11.1815, S. 5.

53 Politische Gesetze und Verordnungen 1792–1848, Befugniß zur Haltung der Schulen für den Unterricht in weiblichen Handarbeiten, S. 180.

54 Regierungs-Verordnung vom 13.10.1813.

55 Ebd.

Der Verkauf von Textilwaren war nur erlaubt, wenn die Produzentin allein oder mithilfe von Familienangehörigen diese selbst herstellte.⁵⁶ Dass Frauen dennoch die Möglichkeit des Arbeitsunterrichts für den Betrieb von Werkstätten nutzten, zeigt der Fall der Näherin Magdalena Heinich (1790–1862). In ihrer Anzeige vom 19. Juli 1825 in der *Wiener Zeitung* bewarb sie ihre Arbeitsschule und auch den Verkauf von Erzeugnissen.

Abb. 17: Anzeige von Magdalena Heinich.

A n z e i g e.

Die Unterzeichnete hat die Ehre, einem verehrungswürdigen Publicum hiermit ergebenst anzuzeigen, daß sie ihre Lehranstalt in allen weiblichen Arbeiten mit höchster Bewilligung bereits begonnen habe, worin wohlherzogene Mädchen in ganz feinem Weißnähen, Handsticken und Schlingen bestens unterrichtet werden. Auch gibt sie sich die Ehre, einem hohen Adel und verehrungswürdigen Publicum gehorsamst anzuzeigen, daß auch allda alle Gattungen der feinsten Näh-, Stick- und Schlingarbeiten, wie auch Ausstaffirungen und Damen-Negligeen, um die billigsten Preise verfertigt werden.

Magdalena Heinich,
Eigenthümerinn dieser öffentlichen Lehranstalt,
wohnhast in der Stadt, am Kohlmarkt beyhm
englischen Gruf Nr. 1151.

Quelle: ANNO/ÖNB, Wiener Zeitung, 19.07.1825, S. 1025.

1824 hatte Heinich um die Genehmigung zur Eröffnung einer Arbeitsschule angesucht, ohne ihre Tätigkeit als Näherin zu erwähnen. Sie betonte stattdessen die Verantwortung für die Pflege ihrer alten Mutter. Ihr Antrag wurde zunächst abgelehnt, da das Fürsterzbischöfliche Konsistorium der Meinung war, dass es bereits genügend Schulen in der Umgebung gab und eine Heirat eine alternative Versorgungsmöglichkeit darstellte. Diese Reaktion der Behörden auf das erste Ansuchen war nicht ungewöhnlich und kam bei ledigen Frauen im heiratsfähigen Alter häufig vor. Nach der Erläuterung ihrer Situation im Zuge eines neuerlichen Ansuchens erhielt Heinich im Dezember 1824 schließlich die Genehmigung zur Eröffnung der Schule.⁵⁷ In den folgenden Jahren warb die nun autorisierte Arbeitsschullehrerin regelmäßig in der *Wiener Zeitung* für ihr Unternehmen, das sie auch weiterführte, als sie 1830 heiratete.⁵⁸ Magdalena Heinich unterrichtete Schülerinnen im Weißnähen, Sticken und Schlingen (das Erzeugen von Schlaufen in einem Stoff), und verkaufte Textilprodukte wie Näh-, Stich- und Schlingenwaren sowie »Dekorationen und Damennegligés«.⁵⁹ Es ist denkbar, dass Heinich ihren Beruf

56 Das geschah in Bezugnahme auf einen Erlass, den die Hofkanzlei einen Monat zuvor, am 16. September 1813, veröffentlicht hatte.

57 ÖStA, AVA, Unterricht, StHK, Teil 2, 534, 13B2 Niederösterreich/Wien, Magdalena Heinich.

58 Wiener Zeitung, 27.11.1830, S. 796.

59 Wiener Zeitung, 19.07.1825, S. 13.

im Ansuchen um die Genehmigung zur Eröffnung einer Schule aus strategischen Gründen verschwieg. In ihren Verhandlungen mit den Behörden nutzte sie stattdessen das schlagkräftige Argument der Pflegebedürftigkeit der Mutter.

In den Jahren 1829 und 1831 wurde die Regelung für Näherinnen gesetzlich präzisiert. Die kaiserliche Regierung übertrug die Verantwortung für die Angelegenheiten der Näherinnen dem Wiener Magistrat, um eine Trennung zwischen schulischen und betrieblichen Belangen zu schaffen. Der Magistrat war nun für die Prüfung der Anträge von Näherinnen zuständig, die fünf bis sechs Mädchen, die ihnen zuarbeiteten, in Handarbeit unterrichten wollten. Ein Erlass von 1831 stellte klar, dass nur solche Unternehmerinnen eine Genehmigung erhalten durften, die nicht mehr schulpflichtige Mädchen beschäftigten. Alle anderen Antragstellerinnen mussten die Befugnis zur Eröffnung einer Arbeitsschule beantragen.⁶⁰ Insbesondere im Kleidermachergewerbe überwachte die Innung genau, ob sich die Näherinnen an die gesetzlichen Vorgaben hielten. Versuche, diese Vorgaben zu ändern, wurden abgeschmettert.⁶¹

Verflechtungen von Arbeitserziehung und Kinderbewahranstalten

Die Ideen der Industripädagogik flossen in die Überlegungen zur Errichtung von sogenannten Kleinkinderbewahranstalten ein. Deren Zielpublikum waren vor allem Kinder bis zum schulpflichtigen Alter (sechs Jahre), deren Eltern einer Arbeit außer Haus nachgingen. In Wien förderte der jüdische Kaufmann und Schriftsteller Joseph Ritter von Wertheimer (1800–1887) solche Einrichtungen für Kinder aus prekären Verhältnissen. Im Zuge seiner Reisen durch Deutschland, Italien, Frankreich und England hatte er Einrichtungen zur Kinderbetreuung besucht.⁶² Wertheimer übersetzte das Werk *On the Importance of Educating the Infant Poor, from the Age of Eighteen Month to Seven Years*,⁶³ des Leiters der Londoner Zentral-Kleinkinderschule, Samuel Wilderspin (1791–1866) und fügte Ergänzungen hinzu. Seine von der englischen Infant-School-Bewegung beeinflussten Pläne zur Errichtung solcher Betreuungseinrichtungen fanden in Wien zunächst wenig Resonanz. Laut Wertheimers Biografen Gerson Wolf (1823–1892) half ihm die Schriftstellerin Caroline Pichler, in deren Salon Wertheimer Gast war, dabei, seine Veröffentlichung in Pfarren zu verbreiten. Wertheimer erhielt nur zwei positive Rückmeldungen; überwiegend wurde das Projekt als nutzlos oder sogar gefährlich eingestuft.⁶⁴ Vordergründig wurde die Befürchtung geäußert, dass zu viel Bildung schädlich sei. Vermutlich spielte jedoch auch Wertheimers jüdische Herkunft eine Rolle bei der Ablehnung. Parallel dazu bemühte sich die ungarische Adelige Therese Brunszvik Gräfin de Korompa (1775–1861) um die Errichtung einer Kinderbewahranstalt in ihrer Heimatstadt Buda/Ofen. Diese wurde 1828 eröffnet. Zu diesem Zeitpunkt war Brunszvik bereits seit Jahren in einem 1817, nach dem Vorbild der *Gesellschaft adeliger Frauen* in Wien, gegründeten wohltätigen

60 Sammlung der von dem fürsterzbischöflichen Konsistorium zu Wien an den Säkular- und Regular-Klerus dieser Erzdiözese erlassenen Kurrenden vom Jahre 1824 bis 1835, Wien: Grund 1836, S. 137.

61 R. Wagner: Kleiderarbeiter, S. 11.

62 Wolf, Gerson: Joseph Wertheimer. Ein Lebens- und Zeitbild, Wien: Herzfeld & Bauer 1868, S. 32.

63 Wertheimer, Joseph: Ueber die frühzeitige Erziehung der Kinder und die englischen Klein-Kinderschulen, Wien: Carl Gerold 1828.

64 Ebd., S. 34.

Frauenverein in Buda/Ofen tätig. Zu den Tätigkeitsbereichen dieses Vereins zählte auch der Betrieb von fünf Arbeitsschulen für Mädchen aus in Armut lebenden Familien.⁶⁵

Wertheimers Plan wurde schließlich Anfang der 1830er Jahre in Wien in Zusammenarbeit mit dem katholischen Klerus umgesetzt: Am Rennweg, der heute zum dritten Wiener Gemeindebezirk gehört, eröffnete die erste Kleinkinderbewahranstalt, die unter der Ägide des Fürsterzbischöflichen Konsistoriums stand, das die Gründung eines *Centralvereins für Kleinkinderbewahranstalten* veranlasste. Die Idee solcher Einrichtungen für Kinder aus sozial benachteiligten Schichten fand unter der nunmehr katholischen Ägide großen Anklang. 1832 übernahm der neuernannte Erzbischof von Wien, Vincenz Eduard Milde, den Vorsitz des *Centralvereins*.⁶⁶ In den folgenden Jahren entstanden in anderen Städten der Habsburgermonarchie weitere dieser Kindergarten-Vorläufer.⁶⁷ Joseph von Wertheimer strebte in den 1830er-Jahren zudem die Gründung einer separaten jüdischen Kinderbetreuungsanstalt an, die schließlich im Jahr 1843 eröffnet wurde. In den Publikationen zur Förderung dieser Einrichtungen wurde der Fokus auf die frühzeitige Vermittlung von Gottesfurcht, Fleiß, Sauberkeit und Bescheidenheit gelegt. Der für die Zensurbehörde tätige Pädagoge Leopold Chimani verfasste im Jahr 1832 im Namen des *Centralvereins*, in dessen Ausschuss er tätig war, einen Leitfaden für Lehrende an Kinderbewahranstalten. Dieser enthielt ein detailliertes Curriculum.⁶⁸ Chimani betonte darin unter anderem die Bedeutung von Arbeitserziehung und Gebet. Zunächst sollte der Lehrer – bei Chimani ausschließlich in männlicher Form –, an dessen Seite eine sogenannte Aufseherin arbeitete, das Zutrauen der Kinder gewinnen. Im nächsten Schritt sollte er deren Gehorsam trainieren:

»Die Kinder müssen aber auch erfahren, daß sie bey jeder Gelegenheit ihren Willen verläugnen, und dem Willen des Lehrers und der Aufseherin unterordnen müssen, und daß es kein Mittel gibt, deren Willen zu umgehen, oder sich demselben zu entziehen.«⁶⁹

Im Anhang befanden sich 312 gereimte Glaubenssätze, darunter: »Arbeitsamkeit bringt Ehr' und Brot, Müßiggang nur Schand und Noth.«⁷⁰ Zudem waren biblische Musterer-

65 Ausweis über die bei dem Ofner Frauen-Verein, zur Unterstützung der Armen während der Jahre 1823, 1824 und 1825 eingegangenen, und verwendeten milden Beiträge, Ofen: königl. Pesther Universitäts-Schrifte 1826.

66 H. Engelbrecht: Geschichte Band 4, S. 99.

67 Wertheimer, Joseph: Therese, ein praktisches Handbuch für die Erziehung des ersten Kindesalters, Wien: Carl Gerold 1831. Auch in anderen deutschen Städten verbreitete sich die Praxis, sogenannte Bewahranstalten zu eröffnen. Ein Beispiel sind derlei Anstalten in Frankfurt, siehe P. Meyer, Mädchenbildung, S. 68–72.

68 Für eine eingehende Analyse der Inhalte siehe Franke-Meyer, Diana: Kleinkindererziehung und Kindergarten im historischen Prozess. Ihre Rolle im Spannungsfeld zwischen Bildungspolitik, Familie und Schule, Bad Heilbrunn: Klinkhardt 2011, S. 28–43.

69 Chimani, Leopold: Theoretisch-practischer Leitfaden für Lehrer in Kinder-Bewahranstalten enthaltend die Organisation derselben [...], Wien: Verlag des Hauptvereines der Kinder-Bewahranstalten 1832, S. 91.

70 Ebd., S. 239.

zählungen sowie Gebete für verschiedene Anlässe enthalten.⁷¹ Der Leitfaden war Kaiserin Karoline Auguste gewidmet, die in Verbindung mit der Wiener *Gesellschaft adeliger Frauen* die Errichtung solcher Anstalten finanziell maßgeblich förderte.⁷² Sie besuchte auch die Einrichtungen und verteilte Strick-Materialien.⁷³ Chimanis Leitfaden erschien gleichzeitig mit einer weiteren Publikation Wertheimers, die Müttern und Erzieherinnen gewidmet war und die Geschichte der Figur der Erzieherin Therese erzählte, deren Verhalten und Umgang mit Kindern als Beispiel für andere Unterrichtende dienen sollte. In erzählerischen Dialogen und erklärenden Abschnitten erörterte Wertheimer die verschiedenen Aspekte und Stufen der Kleinkindentwicklung. Bemerkenswert ist, dass im Gegensatz zu Chimani nicht der männliche Lehrer als Experte für Kindererziehung angesprochen wurde, sondern die mütterliche Erzieherin, die qua ihres *Frau-seins* Expertise in dieser Tätigkeit habe. Wertheimer unterstrich, dass sich die Erzieherin auf ihren Bereich beschränken und explizit männliche Expertise, wie medizinisches Wissen, nicht aneignen solle.⁷⁴

Der Fall von Josepha Apfl (auch Apfel, 1800–1840), einer Arbeitslehrerin an der ersten Kleinkinderbewahranstalt am Wiener Rennweg, zeigt, wie Frauen nicht nur die Tätigkeit im Dienst, sondern auch eine institutionelle Tätigkeit als Sprungbrett in die Selbstständigkeit nutzten. Apfl erhielt nach zweijähriger Tätigkeit als Arbeitslehrerin die Genehmigung, eine eigene Arbeitsschule in Erdberg zu eröffnen. In einer Anzeige in der *Wiener Zeitung* beschrieb Apfl die Werkstücke, die sie mit den Kindern in der Kleinkinderbewahranstalt hergestellt hatte.⁷⁵ Mit der Aufzählung der Erzeugnisse unterstrich Apfl ihre Expertise und wollte Eltern, die es sich leisten konnten, dazu bewegen, ihre Töchter in ihrer Schule in Handarbeiten unterrichten zu lassen.

An diesem Beispiel wird die Verflechtung von Initiativen zur Kinderbetreuung und dem Vereinswesen besonders evident. Die Lehrerin war mit einem Beamten, dem langjährigen Sekretär der *Gesellschaft adeliger Frauen*, Carl Apfl (1797–1866), verheiratet. Diese Verbindung dürfte ihr zu von der *Gesellschaft adeliger Frauen* bezahlten Schulplätzen für Kinder aus mittellosen Verhältnissen verholfen haben, wie die Ausgaben des Vereins zeigen. In der Anzeige von 1832 kündigte sie den unentgeltlichen Unterricht für bedürftige Mädchen an. Ab 1833 erhielt sie für diesen Unterricht eine Bezahlung von der *Gesellschaft*

71 Ebd., S. 27–32.

72 Ausweis der Einnahme der Gesellschaft adeliger Frauen zur Beförderung des Guten und Nützlichen und der Verwendung im Jahre 1831, S. 1f.

73 L. Chimani: Leitfaden, S. 188.

74 J. Wertheimer: Therese, ein praktisches Handbuch für die Erziehung des ersten Kindesalters, S. 170f.

75 Vgl. Wiener Zeitung, 08.05.1832, S. 521. »Die Unterzeichnete war seit 1. May 1830, dem Entstehen der ersten Kleinkinder-Bewahranstalt am Rennweg in Wien, daselbst als Lehrerin angestellt, und gab in dieser Anstalt, nebst ihren übrigen Obliegenheiten, kleinen Mädchen von drey bis fünf Jahren, vierzig an der Zahl, Unterricht im Stricken, so daß diese Mädchen selbst eigenhändig erst 19 einfache Mädchenröckchen, 36 Paar Kinderstrümpfe, 16 Paar Fäustlinge, endlich mit verschiedenen Dessin[gs] 21 Knaben-Jäckchen, 46 Mädchenröckchen und 11 Mädchen-Spencer von Baumwollgarn ganz verfertigt strickten. [...]« Zwei Anzeigen darunter bewarb Josepha Witkowski ihre Strohhutfabrik und suchte weibliche Arbeitskräfte. Francisca Weisenberger warb für ihre Tischlerei, die sie nach dem Tod ihres Mannes im März 1831 übernommen hatte, zudem findet sich ein Inserat der Hebamme Regina Jahn.

adeliger Frauen. Für das Jahr 1838 ist ein konkreter Betrag überliefert, nämlich 240 Gulden für die »Unterstützung mehrerer dürftiger Mädchen in der Arbeitsschule der Frau Apfl zu Erdberg«. ⁷⁶ Damit sicherte die Gesellschaft Josepha Apfl ein stabiles Einkommen. Unklar ist, wie andere Arbeitsschulinhaberinnen, die ebenfalls Mädchen, in der Regel unentgeltlich, unterrichteten, diese Bevorteilung wahrnahmen. ⁷⁷

Josepha Apfl hatte bereits vor 1830 damit begonnen, Mädchen in Handarbeiten zu unterrichten. Als sie 1825 neun Mädchen aus der Umgebung gegen Bezahlung im Nähen, Stricken und Märken (dem Monogrammieren von Wäsche) unterrichtete, beschwerte sich der Schullehrer der Pfarrschule über ihre Tätigkeit. Er begründete seine Beschwerde damit, dass Apfl sich als Lehrerin ausgäbe, ohne eine Prüfung abgelegt zu haben, die ihre Fähigkeiten im Handarbeitsunterricht nachweisen würde. Die Stadtverwaltung ordnete daraufhin die sofortige Einstellung ihrer Lehrtätigkeit an. Apfl legte Beschwerde ein und verwies in ihrer Erklärung auf die Regierungsverordnung von 1822 (der oben beschriebene Fall der Näherin Magdalena Handlos), die es Frauen gestattete, ohne offizielle Genehmigung Mädchen in Handarbeit zu unterweisen, solange die Zahl der Mädchen gering gehalten und die Unternehmung nicht beworben wurde. Der Fehler lag darin, dass Josepha Apfl sich als »Lehrerin« bezeichnet hatte. Apfls formelles Gesuch um Eröffnung einer Arbeitsschule wurde von den Schulbehörden zunächst abgelehnt. Augustin Reichmann Freiherr von Hochkirchen hielt das Erteilen von privatem Handarbeitsunterricht für einige Mädchen für ausreichend, um »ein ihrer sozialen Stellung angemessenes Einkommen zu erzielen«. ⁷⁸ Durch die vorübergehende Tätigkeit an der Kleinkinderbewahranstalt hatte Josepha Apfl 1832 schließlich ihr Ziel erreicht. Sie arbeitete bis zu ihrem Tod 1840 als Arbeitsschulinhaberin.

Argumentationsstrategien für den Erhalt einer Genehmigung

In den Anträgen war der Hinweis auf versorgungsbedürftige Familienangehörige, wie etwa Kinder oder Eltern, eine wichtige Kommunikationsstrategie. ⁷⁹ Die Notwendigkeit des Erwerbs aufgrund von Sorgepflichten wurde oftmals erst im zweiten oder dritten Anlauf erwähnt. In diesem Abschnitt werden zwei Fälle vorgestellt, die diese Strategie veranschaulichen und die Erwägungen des katholischen Klerus in seiner Funktion als Schulaufsicht zeigen.

Der Fall von Theresia Lambacher (1803–1856) zeigt die einflussreiche Position katholischer Pfarrer in den Genehmigungsprozessen von Arbeitsschulen. In seiner Funktion

76 Ausweis der Einnahme der Gesellschaft adeliger Frauen zur Beförderung des Guten und Nützlichen und der Verwendung im Jahre 1838, S. 1.

77 Der Gesellschaft wurde um 1840 Parteilichkeit vorgeworfen und sie änderte die Vorgehensweise bei der Spendenvergabe. Siehe die Zusammenstellung der Sitzungs-Beschlüsse der Gesellschaft adeliger Damen zur Beförderung des Guten und Nützlichen als Direktiv für die Ausschußdamen, Wien 1841.

78 ÖStA, AVA, Unterricht, StHK, Teil 2, 534, 13B2 Niederösterreich/Wien, Josepha Apfel.

79 In ihrer Analyse von Kommunikationsstrategien in Bittbriefen zeigt Dietlind Hüchtker, dass Frauen ihre Kinder als Mittel einsetzen, um Aufmerksamkeit zu erwecken. Zur »Präsentation der Bedürftigkeit« siehe D. Hüchtker, Armenpolitik, S. 30f.

als Schulaufseher verfasste der Pfarrer von Neulerchenfeld, Joseph Adler (1786–1853), einen mehrseitigen Bericht über die Situation der Anwärterin. Als Theresia Lambacher 1841 den ersten Antrag stellte, war sie 38 Jahre alt und ledig. Sie erhielt den Bescheid, dass ihr Antrag ohne erfolgreich absolvierte Handarbeitsprüfung bei den Ursulinen nicht berücksichtigt werden könne. Lambacher absolvierte die Prüfung umgehend und fügte ihrem neuerlichen Antrag den Hinweis hinzu, dass sie im Zuge der Eröffnung ihrer Arbeitsschule ihre »alte Mutter in Versorgung [zu] übernehmen beabsichtige.«⁸⁰ In seiner Beurteilung der Situation der Familie Lambacher hob Adler die schwierige ökonomische Lage hervor: »In früherer Zeit war ihre Familie wohlhabend zu nennen, allein durch langwierige Krankheiten und durch den Tod der männlichen Mitglieder ist dieselbe herabgekommen.«⁸¹ Theresia Lambacher hatte zuvor ihren Lebensunterhalt als Näherin verdient und laut den Aussagen mehrerer benachbarter Parteien Mädchen ohnehin schon im Handarbeiten unterrichtet.⁸² In der damaligen Wiener Vorstadt Neulerchenfeld, heute ein Teil des Bezirks Ottakring, besaßen vier Frauen die Erlaubnis, Mädchen in Handarbeiten zu unterrichten. Adler betonte, dass jede weitere Schule von Vorteil wäre, da diese auch arme Mädchen aufnehmen würde. In der Regel unterrichteten Privatschul inhaber:innen einige Kinder unentgeltlich. Joseph Adlers Beurteilung des Falles enthielt den Hinweis, dass Mädchen oft keine Kenntnisse in Handarbeiten hätten, was zu Armut und Unsittlichkeit führe. Der Pfarrer hatte in den 1830er-Jahren die Errichtung einer der ersten Kinderbewahranstalten Wiens in Neulerchenfeld veranlasst und war bereits in die Arbeitserziehung von Kindern aus prekären Verhältnissen eingebunden. Er argumentierte:

»Je mehr Arbeitsschulen existieren, desto mehrere dürftige Kinder finden Unterricht, da keine dieser Schulen ausweichen kann, solche aufzunehmen, und jede einige Mädchen zu kleinen Diensten bedarf. Der Besuch der Pfarrschule kann dabey nicht leiden, weil es bey dem geringen Umfange von Neulerchenfeld keine großen Schwierigkeiten macht, diese Arbeitsschulen zu überwachen, und weil die gegenseitige Eifersucht jede Unterlassung der gesetzlichen Vorschriften sogleich ans Licht bringt.«⁸³

Interessant ist hier die Erwähnung der sozialen Kontrolle, die von anderen ausgeübt wurde. Der Pfarrer rechnete damit, dass Gesetzesübertretungen gemeldet würden. Tatsächlich waren es oft Lehrer von Pfarrschulen, die die Unterrichtsaktivitäten von Lehrerinnen beobachteten und bei vermuteter Übertretung gesetzlicher Vorgaben zur Anzeige brachten.

80 DAW, Schulamtsakten 188/33/4j, Theresia Lambacher an das Fürsterzbischöfliche Konsistorium, o.O, o.D.

81 DAW, Schulamtsakten 188/33/4h, Joseph Adler an das Fürsterzbischöfliche Konsistorium, Wien am 30.09.1841.

82 Die Anlassgesetzgebung im Fall der Weißnäherin Magdalena Handlos in den Jahren 1821/22 bot den Behörden eine Vorlage. Handlos war es gestattet worden einige Mädchen in Handarbeiten zu unterrichten, sofern sie diesen Unterricht nicht als Schule bezeichnete und auch nicht für diesen Unterricht warb.

83 Ebd.

Im Jahr 1844 gab es in Wien und Umgebung 78 von Frauen betriebene Industrieschulen.⁸⁴ Zehn der 78 boten zusätzlich Französisch an. Arbeitsschulen, die neben Handarbeiten auch Sprachunterricht anboten, waren für jene Eltern attraktiv, die sich keine Gouvernante oder die Gebühren eines Mädchenbildungsinstituts leisten konnten, aber dennoch Wert auf Französischkenntnisse legten, da solche Kenntnisse die Anstellungsmöglichkeiten im Dienst in einem gehobeneren Haushalt erhöhten.

Die Stadt Wien und ihre Vorstädte wuchsen in diesen Jahren durch Zuwanderung beträchtlich, und die Bevölkerungszahl stieg im Zeitraum von 1830 bis 1851 massiv an: »in Ottakring von 988 auf 3345, in Neulerchenfeld von 4677 auf 9052, in Hernals von 3337 auf 10708.«⁸⁵ Die damit steigende Armut bereitete den Behörden Sorge, vor allem, da die Unterstützung, die über die Mittel des staatlichen Versorgungsfonds hinausging, ab Februar 1842 von der Stadt selbst zu tragen war.⁸⁶ Vor diesem Hintergrund sind die Verhandlungen über die Genehmigung einer Arbeitsschule im Fall von Anna Maria Mayer zu sehen. Die 26-jährige Anna Maria Mayer erhielt 1845 die Erlaubnis eine Schule zu eröffnen, obwohl sie von ihrem Ehemann, dem Ziegeldecker Josef Mayer, von Tisch und Bett⁸⁷ getrennt lebte und zunächst mit ihrem Ansuchen abgelehnt worden war.

»Der Dechant zu Klosterneuburg hatte ebenfalls auf die Willfahung dieses Gesuches angetragen, weil der Ort Ottakrin [sic] sich immer mehr erweitert und die Population im Zunehmen sey, dortselbst viele Gewerbsleute wohnen und keine derartige Schule sich dort noch befindet, auch die Schullehrer-Gattin keine zu errichten gewilligt ist, und insbesondere die Thätigkeitsliebe vieler Kinder, die ohne das Bestehen einer solchen Schule müßig herum liefen, dadurch Vorschub geleistet werde.«⁸⁸

Anna Maria Mayer beantragte erstmals 1843 die Genehmigung zur Gründung einer Arbeitsschule, ihr Antrag wurde jedoch abgelehnt. In einem Hofrekurs legte Mayer Beschwerde gegen die Ablehnung ein.

»[...] die Gattin des Ziegeldeckers Josef Mayer, von welchem sie auf seine Veranlassung und seinem Wunsche von Tisch und Bett geschieden wurde. Sie stützt sich darauf, daß

-
- 84 Diese Zahl ergibt sich aus der Zusammenschau zweier Auflistungen der Namen und Adressen von Inhaberinnen: Niederösterreichischer Gewerb-Verein (Hg.), Handels- und Gewerbe-Schematismus von Wien und dessen nächster Umgebung, Zweiter Jahrgang, Wien 1845; Joseph Kaiser, Lehrer-Schema oder: Ausweis des sämtlichen [...] Lehr-Personales. Mit Einschluß der weiblichen Arbeits-, Näh-, Musik-, Sprach- und Zeichnungsschul-Inhaber, Wien 1845.
- 85 Häusler, Wolfgang: Von der Massenarmut zur Arbeiterbewegung. Demokratie und soziale Frage in der Wiener Revolution von 1848, Wien: Jugend u. Volk 1979, S. 87.
- 86 Weigl, Andreas: Von der Armenpflege zur Sozialhilfe. Kommunale »Daseinsvorsorge« in Wien vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart, in: Milan Hlavačka/Olga Fejtová/Václava Horčáková/Veronika Knotková (Hg.), Poverty, Charity and Social Welfare in Central Europe in the 19th and 20th Centuries, Newcastle-upon-Tyne: Cambridge Scholars Publishing 2017, S. 70–92, hier S. 73.
- 87 Griesebner, Andrea: Marriage and Divorce in the First Half of the 19th Century: Microstudies from the Artistic Field of Vienna, in: Andrea Lindmayr-Brandl/Birgit Lodes/Melanie Unsel'd (Hg.), Women's agency in Schubert's Vienna, Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 2024, S. 99–136.
- 88 ÖStA, AVA, Unterricht, StHK, Teil 2, 534, 13B2 Niederösterreich/Wien, Anna Maria Mayer, Zusammenfassender Bericht von Johann Talatzko Freiherr von Gestieticz, Wien am 22.11.1844

sie ihre kranke Mutter von ihrer Hände Arbeit ernähren müßte und daß sie bereits als Gouvernante [...] die besten Sittenzeugnisse für sich hatte.«⁸⁹

Als weiteren Grund für die Hartnäckigkeit ihrer Bewerbung führte Mayer an, dass sie »bereits das nöthige Lokale gemiethet und mehrer Einrichtungsstücke beygeschafft habe.«⁹⁰ Anna Maria Mayer war erfolgreich mit ihrem Unternehmen. Als der *Frauen-Wohltätigkeitsverein für Wien und Umgebung* gegründet wurde, wurde Mayer dort als Arbeitslehrerin des Filialvereins Ottakring angestellt. 1856 unterrichtete sie 88 Kinder in Handarbeiten,⁹¹ ihre letzte Erwähnung als Lehrerin findet sich im Jahr 1859.⁹²

6.2 Frauen-Vereine in politischer Mission

In den 1830er und 1840er-Jahren nahm in der Habsburgermonarchie die Anzahl der von bitterer Armut und Arbeitslosigkeit Betroffenen rapide zu. Gründe dafür waren das Bevölkerungswachstum, die Urbanisierung, die Inflation und Hungerkrisen.⁹³ Es herrschte Angst vor Kriminalität und revolutionären Umtrieben. Laut dem Historiker Herwig Weigl ist von mindestens 10.000 Erwerbs- und Unterstandslosen Personen in den 1840er-Jahren auszugehen, bei einer Wiener Gesamtbevölkerung (mit Vorstädten) von etwa 400.000.⁹⁴ Doch nicht nur die Vielzahl der Wohnungs- und Arbeitslosen verursachte Ängste, auch die in vielfältige Arbeitsprozesse eingebundenen Mitglieder der sogenannten handarbeitenden Klassen wurden einmal mehr zum Objekt reformerischer Überlegungen. Die Angst, spezifisch vor dem »Proletariat«, wobei darunter mehrere Berufsgruppen subsumiert wurden,⁹⁵ kommt in zahlreichen Schriften zum Ausdruck, die sich mit der Erziehung von Kindern aus in Armut lebenden Familien befassen.⁹⁶

Armut wurde zwar von einer zu dieser Zeit entstehenden sozialistischen Perspektive auf strukturelle Ungleichheit und Ausbeutung zurückgeführt, doch überwogen Sichtweisen, die den Mangel an Fleiß und Akzeptanz der eigenen Situation hervorhoben. Dietlind Hüchtker beschreibt diese Sichtweise auf die Armut für Berlin wie folgt: »Sie sah als Grundlage der Verarmung eine Auflösung von moralischer und sozialer Ordnung, die Unsittlichkeiten, Alkoholismus, Putzsucht oder Luxusbedürfnisse

89 Ebd.

90 Ebd.

91 DAW, Schulamtsakten 275/1/2, Uebersichts-Tabelle aller weiblichen Arbeitsschulen in den acht Bezirken Wiens 1856.

92 Zehnter Jahresbericht des Frauen-Wohltätigkeits-Vereines für Wien und Umgebung. Vom 1. Jänner bis letzten Dezember 1858, Wien: Wien: A. Pichler's Witwe & Sohn 1859, S. 23.

93 W. Häusler: Massenarmut, S. 80–123. Grundlegend siehe Hobsbawm, Eric: *The Age of Revolution*, New York: Vintage Books 1962, S. 109–131.

94 A. Weigl: *Sozialgeschichte*, S. 17–62, hier S. 38.

95 Siemann, Wolfram: *Die deutsche Revolution von 1848/49*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1985, S. 35–39.

96 Greif, Wolfgang: Wider die gefährlichen Classen. Zum zeitgenössischen Blick auf die plebejische Kultur im Wiener Vormärz, in: *OeZG 2/2* (1991), S. 59–80. Feldbauer, Peter: *Kinderelend in Wien. Von der Armenkinderpflege zur Jugendfürsorge*, 17.–19. Jahrhundert, Wien: Verlag für Gesellschaftskritik 1980.

und ›Arbeitsscheu‹ förderte.«⁹⁷ Die Wahrnehmung der zunehmenden Gefahr durch Menschen, die unter den schwierigen und schlecht bezahlten Bedingungen einer Erwerbsarbeit außer Haus nachgingen, beruhte auf dem Argument, dass mittellose oder geringverdienende Eltern ihre Kinder aus vielerlei Gründen nicht zu Sittlichkeit und Arbeitsamkeit erziehen würden.⁹⁸ Die Lösung für dieses Problem schien im Revolutionsjahr 1848 offensichtlich: Die zukünftigen Mütter dieser Gesellschaftsgruppen müssten nach bürgerlichen Werten zu Arbeitsamkeit und Moralität erzogen werden. Nicht die Lebens- und Arbeitsbedingungen müssten, wie von Vertretern der europäischen Linken in diesen Jahren gefordert, durch einen Zusammenschluss im Kollektiv geändert werden,⁹⁹ sondern die Lohnarbeiter:innen sollten sich ihrem Schicksal fügen.

Um diese Überzeugungen durchzusetzen, wurde die künftige Generation von Müttern und Dienstpersonal zum Ziel von zwei Vereinen, die in Wien und Umgebung Industrieschulen gründeten oder solche Schulen mitsamt deren Inhaberinnen in ihr Vereinschulnetz übernahmen. Diese Schulen waren in der Regel sechs bis acht Stunden pro Tag geöffnet und sollten die als unzureichend betrachtete Volksschule ergänzen. Diese wurde von den Kindern drei bis vier Stunden täglich besucht. Die in den Industrieschulen vermittelten Inhalte bestanden aus zwei Komponenten: Ein Bereich umfasste das Singen religiöser Lieder, das Wiederholen moralischer Sprichwörter, sowie das Vorlesen lehrreicher Geschichten, die sittliche Grundsätze und Botschaften kommunizierten. Der andere Bereich umfasste die eigentliche Arbeitserziehung: die Vermittlung praktischer Fertigkeiten im Stricken, Häkeln, Märken und Stopfen. Um Schülerinnen für diese Schulen zu gewinnen, besuchten die in Vereinen engagierten Frauen die Wohnstätten von Arbeiter:innen, um sie zu inspizieren und festzustellen, ob ein Eingreifen erforderlich war. In den Fällen, in denen sie eine Intervention für notwendig hielten, empfahlen sie den Besuch der Töchter in einer der nahegelegenen Industrieschulen des Vereins, im Gegenzug erhielten die Familien der Kinder Sachspenden. Doch damit nicht genug, die Frauen sahen es als ihre Aufgabe an, »ihr Leben zu beobachten«,¹⁰⁰ das heißt, sich ein kontinuierliches Bild über das Verhalten der Eltern und den Erfolg der Erziehungsmaßnahmen zu machen.

Bei diesem Vorhaben zählten die Frauen auf die Hilfe und Unterstützung katholischer Pfarrer, die seit der Regierungszeit Joseph II. mit der Leitung der Armeninstitute betraut waren und zudem die Schulaufsicht inne hatten. Weitere Männer waren in beratender Funktion oder als Kassiere in die Organisationsstrukturen der Frauenvereine eingebunden. Diese Konstellation von bürgerlichen und adeligen Frauen, die ihre Stellung bekräftigten und sich durch philanthropische Aktivitäten Handlungsspielräume eröffneten, kann in Kontinuität zur karitativen Arbeit wohlthätiger Vereine gesehen

97 Hüctker, Dietlind: Der »Schmutz der Juden« und die »Unsittlichkeit der Weiber«. Ein Vergleich der Repräsentation von Armut in Stadt- und Reisebeschreibungen von Galizien und Berlin (Ende des 18./Mitte des 19. Jahrhunderts), in: Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung 51/3 (2002), S. 351–369, hier S. 362.

98 W. Häusler: Massenarmut, S. 80–123.

99 E. Hobsbawm: Revolution, S. 128–131.

100 Frauen-Wohltätigkeitsverein für Wien und Umgebung: Erster Jahresbericht des Frauen-Wohltätigkeitsvereines in Wien seit seiner Gründung im Jahre 1848 bis zum Schlusse des Jahres 1849, Wien: L. W. Seidel 1850, S. 7.

werden, die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gegründet wurden.¹⁰¹ Solche Vereine entstanden nicht nur im katholischen Umfeld. Wohltätige jüdische Vereine waren ebenfalls im Bildungsbereich tätig, wie der 1847 gegründete *Theresien-Kreuzer-Verein*, der den Besuch von Arbeitsschulen unterstützte.¹⁰² Die Historikerin Gabriella Hauch argumentiert, dass die Frauen dabei öffentlich agierten, ohne geschlechterspezifische Rollenvorstellungen zu verletzen:

»Der soziale Frauen-Raum Familie wurde auf die Vereinstätigkeit ausgedehnt und beinhaltete sorgende, schützende und bewahrende Tätigkeiten und Funktionen – nicht nur für die eigene Familie, sondern potentiell für alle Schwachen und Kranken, vor allem jedoch Kinder.«¹⁰³

In Großbritannien wurde es in den 1850er-Jahren zur gängigen Praxis, mittellose und vagabundierende Kinder in Industrieschulen zu schicken, die auch eine nächtliche Unterbringung vorsahen. Diese privaten Bemühungen wurden durch die *Industrial School Acts* von 1854 bis 1880 institutionalisiert, um Kinder vor einer »unmoralischen« Lebensweise zu bewahren oder sie davor zu retten.¹⁰⁴ Der *Industrial School Act* von 1854 gab den britischen Behörden die Befugnis, Kinder unter 14 Jahren, die bettelten, herumstreunten, obdachlos waren oder auf andere Weise von ihren Eltern vernachlässigt wurden, verpflichtend in eine Industrieschule zu schicken. Frauen, die in diesen staatlichen Einrichtungen unterrichteten, sollten die Kinder nach ihren Tugendvorstellungen formen.¹⁰⁵ In Wien, wie auch in anderen urbanen Zentren des Habsburgerreiches, wurden Mädchen nach bürgerlicher Vorstellung im Privaten verortet und in der Rolle als künftiges Dienstpersonal und als Mütter wahrgenommen. Zur gleichen Zeit beteiligten sich Frauen in Frankreich an philanthropischen Aktivitäten der Wohlfahrtspflege.¹⁰⁶ Die Arbeit der *Sociétés de Patronage* im Frankreich des 19. Jahrhunderts weist ebenfalls viele Parallelen zu den Wohltätigkeitsvereinen in der Habsburgermonarchie auf.¹⁰⁷ In den deutschen Staa-

-
- 101 Einen Überblick der bürgerlichen Frauenvereine in Wien und Salzburg bietet Friedrich, Margret: Zur Tätigkeit und Bedeutung bürgerlicher Frauenvereine im 19. Jahrhundert in Peripherie und Zentrum, in: Brigitte Mazohl-Wallnig (Hg.), *Bürgerliche Frauenkultur im 19. Jahrhundert*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau 1995, S. 125–173.
- 102 Malleier, Elisabeth: *Jüdische Frauen in Wien 1816–1938. Wohlfahrt – Mädchenbildung – Frauenarbeit*, Wien: Mandelbaum Verlag 2003, S. 44f.
- 103 Hauch, Gabriella: Politische Wohltätigkeit – wohltätige Politik. Frauenvereine in der Habsburgermonarchie bis 1866, in: *Zeitgeschichte* 19 7/8 (1992), S. 200–214, hier S. 205.
- 104 Piper, Christine: Moral campaigns for children's welfare in the nineteenth century, in: Michael King (Hg.), *Moral agendas for children's welfare*, London/New York: Routledge 1999, S. 25–40, hier S. 33.
- 105 Mahood, Linda: Family Ties: Lady Child-Savers and Girls of the Street 1850–1925, in: Esther Breitenbach/Eleanor Gordon (Hg.), *Out of Bounds: Women in Scottish Society, 1800–1945*, Edinburgh: Edinburgh University Press 1992, S. 42–64, hier S. 49. Zu der Diskussion über die Schulbildung von Kindern aus Arbeiter:innenfamilien in Schottland siehe McDermaid, Jane: *The schooling of working-class girls in Victorian Scotland. Gender, education and identity*, London/New York: Routledge 2005.
- 106 Clark, Linda L.: *The Rise of Professional Women in France. Gender and Public Administration since 1830*, Cambridge: Cambridge University Press 2004.
- 107 Weissbach, Lee Shai: *Oeuvre Industrielle, Oeuvre Morale: The Sociétés de Patronage of Nineteenth-Century France*, in: *French Historical Studies* 15/1 (1987), S. 99–120.

ten war die gewerbliche Bildung seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ein zentraler Bestandteil des Armenschulwesens.¹⁰⁸

Die Gründung des Frauen-Wohltätigkeitsvereins für Wien und Umgebung

Am 15. Mai 1848 wurde in Wien der *Katholikenverein für Glaube, Freiheit und Gesittung* (ab 1850 *Central-Severinus-Verein*) als Männerverein gegründet. Der Verein trat unter anderem für die Vermittlung katholischer Werte in Form sozialpädagogischer Maßnahmen ein und gab von Juli bis Oktober 1848 die Zeitschrift »Aufwärts« heraus, die zweimal wöchentlich erschien.¹⁰⁹ Laut dem Historiker John W. Boyer war der katholische Verein nicht erfolgreich, da er ohne ein klares politisches Programm auftrat und daher mit der erhofften breiten Mobilisierung für die katholische Sache scheiterte.¹¹⁰ Johann Emanuel Veith (1787–1876), von Boyer als berühmtester Prediger seiner Zeit bezeichnet,¹¹¹ war Mitinitiator des Vereins und zählte als Anhänger Anton Günthers (1783–1863) zum liberalen Flügel des Vereins, während andere Mitglieder eine erkonservative Richtung verfolgten.

Ein Projekt des Vereins kann als sehr erfolgreich bezeichnet werden, nämlich die Gründung des *Frauen-Wohltätigkeitsvereins für Wien und Umgebung*. Bereits im August 1848 hatten sich Frauengruppen zusammengefunden, um sich an der Arbeit des katholischen Vereins zu beteiligen.¹¹² Der erste Antrag auf die formelle Gründung eines Frauenvereins als Teil des Katholikenvereins wurde von der Regierung mit dem Hinweis auf die revolutionären Ereignisse abgelehnt und erklärt, dass das Engagement in der Armenfürsorge keiner Vereinsstruktur bedürfe. Im zweiten Anlauf verwies der *Katholikenverein* auf die unpolitischen Absichten und betonte die Notwendigkeit, die karitativen Bemühungen der Frauen unter der Aufsicht des Klerus zu organisieren. Bei dieser Gelegenheit genehmigte der Militärgouverneur von Wien, Ludwig Freiherr von Welden den Antrag. Die erste ordentliche Versammlung, an der Ende Dezember 1848 zwanzig Frauen teilnahmen, war, wie es im ersten Jahresbericht der Organisation heißt, vom kämpferischen Geist des Revolutionsjahrs geprägt:

»Herzerhebend war der Wetteifer, mit dem sich alle erboten, Hand ans Werk zu legen, um mit Aufopferung der eigenen Tagesgeschäfte und Entbehrung mancher Bedürfnisse dem physischen und moralischen Untergange die Stirne zu bieten und den Sinn für Glauben und Sittlichkeit durch die Autorität der Wohlthat wieder zu wecken.«¹¹³

108 C. Mayer: Poverty S. 91–107.

109 Scheidgen, Hermann-Josef: Der deutsche Katholizismus in der Revolution von 1848/49. Episkopat – Klerus – Laien – Vereine, Köln/Weimar/Wien: Böhlau 2008, S. 487f.

110 Boyer, John W.: Political Radicalism in late Imperial Vienna. Origins of the Christian Social Movement, 1848–1897, Chicago/London: The University of Chicago Press 1981, S. 135f.

111 Ebd., S. 131.

112 Gabriella Hauch zitiert Erwähnungen dieser Gründungen in der revolutionären Zeitschrift »Aufwärts«, siehe G. Hauch: Wohltätigkeit, S. 210.

113 Erster Jahres-Bericht über Entstehen, Geist und Wirken des Frauen-Wohltätigkeits-Vereines in Wien seit seiner Gründung im Jahre 1848 bis zum Schlusse des Jahres 1849, Wien: L. W. Seidel 1850.

Die Gründung des Frauen-Wohltätigkeitsvereins war der Ausgangspunkt für zahlreiche ähnliche Vereine im gesamten Habsburgerreich.¹¹⁴ Der Geist des Vereins wurde durch das offizielle Vereins-Siegel verbildlicht, auf dem das Wunder der heiligen Elisabeth von Thüringen (1207–1231) dargestellt ist.¹¹⁵

Abb. 18: Vereins-Siegel des Frauen-Wohltätigkeitsvereins.



Quelle: ÖNB, Druckschriften, Erster Jahres-Bericht über Entstehen, Geist und Wirken des Frauen-Wohltätigkeitsvereines in Wien, 1850.

Mit dieser Bildgebung suchte sich die Initiative vermutlich in die Tradition der ab 1840 in Preußen und ab 1842 in Bayern gegründeten Elisabethvereine einzureihen. Diese veranstalteten unter anderem Essensausgaben.¹¹⁶ Zwei Monate nach der Gründung des Vereins stellte die Zeitung *Der Österreichische Zuschauer* eine Verbindung zwischen der seit 1810 bestehenden *Gesellschaft adeliger Damen*¹¹⁷ und dem neu gegründeten *Frauen-Wohltätigkeitsverein für Wien und Umgebung* her:

114 Sauer, Walter: *Katholisches Vereinswesen in Wien. Zur Geschichte des christlichsozial-konservativen Lagers vor 1914*, Salzburg: Neugebauer 1980, S. 205.

115 Erster Jahres-Bericht, S. 27.

116 H.-J. Scheidgen: *Katholizismus*, S. 504–515.

117 Der 1810 als *Gesellschaft adeliger Frauen* gegründete Verein hatte sich 1841 in *Gesellschaft adeliger Damen* umbenannt. Siehe Schütz, Waltraud: *Hilfe für Abgebrannte, ländliche Feste und medizinische Versorgung. Wohltätiges Engagement von Frauen*, in: Oliver Kühschelm/Elisabeth Loining/Stefan Eminger/Willibald Rosner (Hg.), *Niederösterreich im 19. Jahrhundert*. Band 2, St. Pölten: NÖ Institut für Landeskunde 2021, S. 381–410, hier S. 401.

»Der seit Kurzem bestehende Frauen-Wohltätigkeitsverein, welcher die Tendenz des adelichen Damenvereines zum Vorbilde hat, organisiert Filialen in den Vorstädten.«¹¹⁸

Der erste Jahresbericht gibt Einblicke in die Vereinsaktivitäten und seine Organisationsstruktur. Im November 1848 wurde mit Bezugnahme auf die Revolution die Furcht vor neuen Unruhen hervorgehoben, die eine Unterstützung von Bedürftigen schwierig mache. Wohltätige Menschen hätten angesichts der Revolution ihre Bemühungen als gescheitert betrachtet. Bedürftige auf der anderen Seite litten, laut den Berichten der Frauen, »lieber die äußerste Entbehrung, als sich der Zurückweisung Jener auszusetzen, welche stets das Proletariat als den Sündenbock aller Unfälle der letzten Oktobertage verabscheuten.«¹¹⁹

Dem ersten Jahresbericht ist eine Abbildung vorangestellt, die die Verteilung wohltätiger Gaben zeigt und eine Vorstellung von der Atmosphäre der Spendenverteilung vermittelt. In der Mitte des Bildes stehen die karitativ tätigen Frauen und versammeln sauber gekleidete und ordentlich gekämmte Mädchen, um ihnen eine wohltätige Gabe auszuhändigen. Die Körperhaltung der Frauen ist aufrecht, während die anwesenden bedürftigen Frauen und Männer überwiegend eine gebeugte Körperhaltung einnehmen. In diesem Fall sind es Schuhe und saubere Kleidung, die von zwei Frauen gehalten und auf einem Regal im Hintergrund links gestapelt werden. Hinter den Frauen steht eine Gruppe von fünf Männern, einer davon ein Priester, die den Frauen sozusagen den Rücken stärken.¹²⁰ Die Versorgung von Kindern mit sauberer Kleidung und Schuhen war eines der zahlreichen Projekte des Vereins, der im Mai 1849 bereits 900 Mitglieder zählte und damit »der größte dieser Art im Deutschen Bund«¹²¹ war. Der Verein gliederte seine Aktivitäten in drei allgemeine Ziele: Spendenverteilung in Form des Besuchs armer Familien und der Verteilung notwendiger Güter, jedoch keine monetäre Hilfe; Förderung und Erziehung zu katholisch-christlicher Frömmigkeit, sowie die Suche nach Beschäftigungen für Arbeitssuchende. Die Hilfe für arme Familien war an die Bedingung geknüpft, dass die Eltern Schulbesuchsbescheinigungen für ihre Kinder vorlegen konnten.¹²² Binnen kürzester Zeit entstanden Zweigstellen in den Vorstädten Laimgrube, Wieden, Margareten und auf dem Gebiet der heutigen Innenstadt. Die erste Versammlung des Filialvereins der Stadt fand in der Redaktion des Katholikenvereins in der Naglergasse statt und wurde von siebzehn Frauen besucht.¹²³ In einem nächsten Schritt wurden die Aufgaben unter den Frauen aufgeteilt. Die adelige Sophie Freiin von Hock (1814–1874) übernahm die Zweigstellenleitung, die Frau eines Seidenhändlers, Sophie Eberle (1805–1858), wurde ihre Stellvertreterin. Die Übernahme der Leitung durch eine Adelige war eine typische Konstellation bei bürgerlichen Frauenvereinen, allerdings waren am *Frauen-Wohltätigkeitsverein* überwiegend Frauen aus dem niederen Adel beteiligt. Jede Zweigstelle hatte

118 Der Österreichische Zuschauer, 15.02.1849, S. 5.

119 Erster Jahres-Bericht über Entstehen, Geist und Wirken des Frauen-Wohltätigkeits-Vereines in Wien, Wien: L. W. Seidel, 1850, S. 2.

120 Ebenda, Frontispiz.

121 H.-J. Scheidgen: Katholizismus, S. 513.

122 Erster Jahresbericht, S. 19.

123 Erster Jahresbericht, S. 13f.

ein Depot, in dem Kleidung und andere Spenden gelagert wurden. Maria von Heß meldete sich, um die Leitung des Depots zu übernehmen, sie wurde von Helene von Hornbostel, geb. Winkler (1815–1889) unterstützt.

Während der *Frauen-Wohltätigkeitsverein* weitere Filialen in den Wiener Vorstädten gründete, verweigerte der Wiener Erzbischof Vincenz Eduard Milde dem *Katholikenverein*, der diese Fraueninitiative ins Leben gerufen und gefördert hatte, wiederholt die Unterstützung.¹²⁴ Bereits im Revolutionsjahr lehnte er die Etablierung eines zusätzlichen katholischen Vereins zu den bestehenden Strukturen kategorisch ab. Schließlich erlaubte er die Weiterführung des Vereins mit der Auflage, dass der Fokus auf der Ausübung von Andacht und Frömmigkeit liegen müsse.¹²⁵ Nach der Ablehnung der Unterstützung durch Erzbischof Milde konzentrierten sich die Mitglieder des *Katholikenvereins* (ab 1852 *Severinusverein*) auf die Unterstützung des *Frauen-Wohltätigkeitsvereins*. Einige wichtige Mitglieder, wie Johann Emanuel Veith, verließen den Verein. Auch beim *Frauen-Wohltätigkeitsverein* gab es in dieser Zeit strukturelle Änderungen, die mit den Unstimmigkeiten über die Zielrichtung in Zusammenhang standen. Im ersten Jahr des Bestehens wurde der Zentralverein, dem alle Filialen unterstanden, von Männern aus dem Ausschuss des *Katholikenvereins* geleitet.¹²⁶ Im Laufe des Jahres 1850 kam es zu Differenzen zwischen dem Zentralverein und den örtlichen Vorsteherinnen der Filialvereine, was schließlich zur Auflösung des Zentralvereins führte. Die genauen Umstände der Kontroverse sind nicht bekannt. Im Frühjahr 1851 veröffentlichte das *Fremden-Blatt* einen Aufruf zum Zusammenschluss um der gemeinsamen Sache willen, in dem die Auflösung des Zentralvereins wie folgt beschrieben wurde: »In Folge von differirenden [sic] Ansichten haben sich jedoch sämtliche Vorstadt-Filial-Vereine nach und nach von dem Central-Vereine getrennt.«¹²⁷ Im Laufe des Jahres 1850 übernahm Eleonore Fürstin Schwarzenberg, geb. Fürstin Lichtenstein (1812–1873), die die Räumlichkeiten des Palais Schwarzenberg für Zusammenkünfte zur Verfügung stellte, als erste Vorsitzende die Vereinsleitung.¹²⁸ Alle Filialleiterinnen bildeten den Vereinsausschuss, Männer aus dem *Katholikenverein* blieben in beratender Funktion tätig. Jede Filiale, unterteilt nach den Pfarrbezirken, erstellte von nun an einen eigenen Jahresbericht; die Zusammenfassung der Berichte erfolgte durch die zentrale Leitung.

Die Etablierung eines Konkurrenzvereins

Nach der Auflösung der zentralen Organisation des *Frauen-Wohltätigkeitsvereins* im Frühjahr 1850 wurden die Geldmittel nicht mehr zentral koordiniert. Jeder Filialverein sammelte eigenständig Spenden und verteilte diese. Einige Leiterinnen von Filialvereinen

124 H.-J. Scheidgen: *Katholizismus*, S. 503.

125 J. W. Boyer: *Political Radicalism*, S. 136. H.-J. Scheidgen: *Katholizismus*, S. 502f.

126 Erster Jahres-Bericht über Entstehen, Geist und Wirken des Frauen-Wohltätigkeits-Vereines in Wien, S. 61.

127 *Fremden-Blatt*, 04.04.1851, S. 2f.

128 *Frauen-Wohltätigkeitsverein für Wien und Umgebung: Zweiter Jahresbericht des Frauen-Wohltätigkeitsvereines in Wien und Umgebung. Vom 1. Jänner bis letzten Dezember 1850*, Wien: L. W. Seidel 1851, S. 1.

veröffentlichten im Oktober 1850 in der *Wiener Zeitung*, zwei Monate später im *Österreichischen Pädagogischen Wochenblatt*,¹²⁹ einen flammenden Spendenappell zur Etablierung eines Fonds zur Sammlung von Geldmitteln für die Gründung von Armen-Arbeitsschulen. Er leitete mit dem Satz ein: »Immer lauter werden die Klagen über das Überhandnehmen des Proletariats und dessen geistige und sittliche Verkommenheit.«¹³⁰

In ihrem Aufruf betonten die Frauen ihr Fachwissen in diesem Bereich. Der Verein habe zwei Jahre lang 3.878 Familien unterstützt und rund 12.000 Gulden an Spenden gesammelt. Diese Unterstützung sei durch ehrenamtlich tätige Frauen erfolgt, die die individuelle Situation von Familien in ihren Pfarrbezirken durch Besuche der Wohnorte beurteilt hätten. Aufgrund ihrer Erfahrungen betonten die Frauen, dass eine der Ursachen für die »Verkommenheit« die unzureichende Bildung des weiblichen Geschlechts sei. In alarmierendem Ton wurde die Rolle der Mutter als Hüterin des häuslichen Herdes präsentiert. Frauen aus armen Verhältnissen seien glaubenslos und unordentlich, unfähig ein Heim für ihre Familien zu schaffen. Das Ergebnis: »Beim Anblick seiner Kinder, die in Schmutz und Lumpen in der ekelhaften Wohnung herumlaufen, verliert der Ehemann die Liebe zu seinem Haus.«¹³¹

Am 16. Dezember 1850, zwei Monate nach der Veröffentlichung des Aufrufs, versammelte die als Forschungsreisende und Reiseschriftstellerin bekannte Pauline Gräfin Nostitz, geb. Baronin des Granges, verw. Helfer (1801–1881), eine Gruppe von Frauen in ihrem Salon, um über die Gründung eines Vereins zu beraten, der sich ausschließlich der Gründung von Arbeitsschulen für Mädchen in Wien widmen sollte.¹³² Die Mitglieder des bestehenden *Frauen-Wohltätigkeitsvereins* waren nicht eingeladen. Die Idee für diesen *Frauenverein für Arbeitsschulen*, auch *Schulverein* genannt, stammte vom Militärgouverneur Ludwig Freiherr von Welden, der im Auftrag des Kaisers mit der Säuberung des postrevolutionären Wien beschäftigt war. Der Gouverneur, unter dem das Spitzelwesen blühte, hatte das Potenzial zur Beeinflussung ärmerer Bevölkerungsschichten durch eine gründliche moralische Erziehung von Mädchen in Arbeitsschulen erkannt.

Der *Frauen-Verein für Arbeitsschulen* war in aller Eile gegründet worden. Der oben zitierte Aufruf, der im Oktober 1850 von den Mitgliedern des *Frauen-Wohltätigkeitsvereins* veröffentlicht worden war, gab vermutlich den Anstoß zu dieser Gründung. Die erste Versammlung, in der die Gründung besprochen wurde, fand am 16. Dezember 1850 statt. Drei Wochen später, am 8. Jänner, wurden die Statuten und der Antrag genehmigt. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits die ersten Spenden gesammelt und die erste Arbeitsschule des *Frauenvereins für Arbeitsschulen* im Wiener Vorstadt Gumpendorf unter dem Schutz der Erzherzogin Sophie Friederike von Bayern eröffnet worden. Mitte Jänner 1851 veröffentlichte der neu gegründete Verein einen ähnlich lautenden »Aufruf«¹³³ wie jener des *Frauen-Wohltätigkeitsvereins* drei Monate zuvor. Auch darin war von der Entsittlichung die Rede, von Frauen aus den »armen Classen«, die »unwissend, träge, unsauber und

129 Österreichisches Pädagogisches Wochenblatt, 18.12.1850, S. 805–807.

130 Wiener Zeitung, 25.10.1850, S. 3230.

131 Ebd.

132 Frauen-Verein für Arbeits-Schulen: Rückblick auf die einundzwanzigjährige Wirksamkeit des Frauenvereines für Arbeitsschulen, Wien: Erste Wiener Vereinsdruckerei 1872, S. 3f.

133 Wiener-Theater-Zeitung, 17.01.1851, S. 54.

unökonomisch«¹³⁴ seien. Dies hatte unter anderem zur Folge, dass der *Frauen-Wohltätigkeitsverein* keinen eigenen Fonds für Arbeitsschulen einrichten konnte, da der neue Verein sein Ziel der Gründung von Arbeitsschulen nun vereinnahmte, was in folgendem Bericht erkennbar wird:

»Der genannte Verein [Frauen-Wohltätigkeitsverein, Anm. WS] steht mit dem Severinus-Vereine im Zusammenhange und besitzt zwölf weibliche Arbeitsschulen mit mehr als 1100 Mädchen, hat aber keinen anderen Fond, als den frommen Eifer seiner Mitglieder und das liebeiche Herz seiner Wohltäterinnen, und wetteifert so mit dem von B.[aron] Welden im Jahre 1850 ins Leben gerufenen, auf ein beträchtliches Kapital gegründeten sogenannten Schulverein.«¹³⁵

Die karitative Organisation des *Frauenvereins für Arbeitsschulen* wurde von Anfang an von Mitgliedern des Wiener Hofadels und der kaiserlichen Familie unterstützt. Erzherzogin Maria Karolina von Österreich (1825–1915) übernahm das Protektorat.¹³⁶ Innerhalb weniger Wochen beliefen sich die Sammlungen für die ersten Schulgründungen auf rund 18.000 Gulden. Zehn Prozent dieses Betrags wurden allein von Mitgliedern der kaiserlichen Familie gespendet. Ein wichtiger Unterschied zwischen den beiden Vereinen war die soziale Herkunft der Mitglieder. Schlüsselpositionen in der Organisationsstruktur des *Frauenvereins für Arbeitsschulen* wurden von Mitgliedern des Wiener Hochadels besetzt, die mit bürgerlichen Frauen zusammenarbeiteten, die selbst oder deren Familienmitglieder vielfach im Kunst- und Kulturbereich engagiert waren. Katholische Religionszugehörigkeit war, im Gegensatz zum *Frauen-Wohltätigkeitsverein*, keine zwingende Voraussetzung um sich im *Frauenverein für Arbeitsschulen* zu engagieren. Ein Beispiel dafür sind die Schauspielerin Julie Rettich (1809–1866) und Iduna Laube (1808–1879), die Ehefrau des Burgtheaterdirektors Heinrich Laube (1806–1884). Laube blieb mehr als dreizehn Jahre in der Funktion der Vorsteherin der Matzleinsdorfer Arbeitsschule.¹³⁷

Die Sammelaktion für den *Frauenverein für Arbeitsschulen* wurde von Gouverneur Welden angeführt, der seine politisch motivierten Absichten hinsichtlich der Gründung von Arbeitsschulen für Mädchen klar äußerte. Die Zeitung der *Österreichische Zuschauer* druckte am 25. Jänner 1851 einen Spendenaufruf von Welden ab, der an die »reichsten Männer der Monarchie«,¹³⁸ die Mitglieder des Großhandlungsgremiums Salomon Mayer Freiherr von Rothschild (1774–1855) und Georg Simon Freiherr von Sina (1782–1856) gerichtet war. Ohne die Existenz der Schulen des *Frauen-Wohltätigkeitsvereins*

134 Ebd.

135 *Österreichischer Zuschauer*, 25.08.1852, S. 1079f.

136 Hügel, Franz Seraph: Ueber die socialen Humanitäts-Anstalten für die Kinder der unteren Volksklassen: Säuglings-Bewahranstalten, Kinder-Bewahranstalten, weibliche Arbeitsschulen, Industrieschulen für Knaben, Rural-Beschäftigungs-Anstalten, Rettungshäuser, Kinder-Heilanstalten, Wien: Kaulfuß 1851, S. 113.

137 1860 war sie Mitbegründerin des *Evangelischen Frauenvereins* und 1866 des Wiener *Frauen-Erwerbvereins*. Schütz, Waltraud: Positionierungen in der Frauenfrage der 1860er-Jahre. Auguste von Litrow (1819–1890) und ihre Suche nach Verbündeten, in: ARIADNE – Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte 78. Politische Freund:innenschaft. Bündnisse, Netzwerke, Lebensgemeinschaften (2022), S. 8–23.

138 *Der Österreichische Zuschauer*, 25.01.1851, S. 126–128, hier S. 126 (offener Brief Weldens).

zu erwähnen, schlug Welden die Einrichtung von »weiblichen Arbeitsschulen für die unteren Klassen«¹³⁹ vor, um die »Moralität des weiblichen Geschlechts, auf welcher ja die Verbesserung der künftigen Generationen beruht«, zu fördern und damit das »Besitzthum« vor dem wachsenden »Proletariat« zu schützen. Welden argumentierte in seinem Schreiben ähnlich wie der *Frauen-Wohltätigkeitsverein* in seinen Aufrufen und Berichten. Er betonte, dass die Förderung künftiger Generationen von der Sittlichkeit des weiblichen Geschlechts abhinge. Nach Weldens Plan sollten in Wien fünfundzwanzig Arbeitsschulen eingerichtet werden, wobei er die bestehenden Arbeitsschulen des *Frauen-Wohltätigkeitsvereins* ignorierte. Einige dieser neuen Arbeitsschulen waren bereits im Entstehen begriffen, doch um die optimale Zahl zu erreichen, seien mehr finanzielle Mittel nötig.

»Da Weiblichkeit auch nur von Frauen gebildet werden kann, so hat sich unter dem Schutze einer hohen Frau ein Schulverein gegründet, der sich rastlos mit der Erziehung und Beschäftigung von Mädchen der untersten, ärmeren Klassen in dem Alter von 7 bis 13 Jahren beschäftigen will.«¹⁴⁰

Der offene Brief zeigte Wirkung. Das Großhandlungsgremium spendete dem neuen Verein zunächst 15.000 und später 6.000 Gulden.¹⁴¹ Die Förderung dieses Frauenvereins, der sich der Einrichtung von Arbeitsschulen widmete, lief parallel zu einer anderen Anstrengung der Wiener Stadtregierung, nämlich Mädchen aus in Armut lebenden Familien durch die Einrichtung sogenannter Wiederholungsklassen zu erreichen. Die verpflichtende Wiederholungsschule wurde 1816 für Kinder im Alter von zwölf bis fünfzehn Jahren eingeführt, wobei das Zielpublikum Knaben waren. Im Jahr 1823 wurde der Besuch der Wiederholungsschule auf Lehrlinge für die Dauer ihrer Lehrzeit ausgedehnt. In diesen Wiederholungsstunden waren Pfarrer und örtliche Schullehrer verpflichtet, den Inhalt der Pflichtfächer am Wochenende zu wiederholen. Vor allem aber sollten sie Moral und Religiosität vermitteln.¹⁴² Die Idee der Wiederholungsklassen wurde am 17. November 1851 erneut aufgegriffen. Das Fürsterzbischöfliche Konsistorium ließ an neunzehn Schulen diese Art von Unterricht einrichten, der jeweils am Donnerstagnachmittag nach dem Ende des regulären Unterrichts stattfinden sollte. Die Maßnahmen führten jedoch nicht zum gewünschten Ergebnis, da die Stunden nur sporadisch besucht wurden und die Schulbehörden wohl auch nicht über das Personal verfügten, um die Rechtsvorschriften durchzusetzen.¹⁴³

Die Einführung der Wiederholungsklassen für Mädchen 1851 war Teil eines politischen Plans, der darauf abzielte, die zukünftige Generation von Arbeitskräften nach den Vorstellungen der wohlhabenden Gesellschaftsschichten zu formen. Die Unterstützung für dieses Bestreben war buchstäblich im politischen Raum verortet: Dem *Frauenverein für Arbeitsschulen* wurde für die Generalversammlungen anfangs ein Raum im Gebäude

139 Ebd.

140 Der Österreichische Zuschauer, 25.01.1851, S. 126–128, hier S. 127.

141 Frauenverein für Arbeits-Schulen: Rückblick, S. 4.

142 H. Engelbrecht: Geschichte Band 3, S. 237f. H. Engelbrecht: Geschichte Band 4, S. 196–199.

143 Hannak, Emanuel: Die Schule, in: Gemeinderath der Stadt Wien (Hg.), Wien 1848–1888, Band 2, Wien: Verlag: Commissions-Verlag von Carl Konegen 1888, S. 2–128, hier S. 25.

der Statthalterei zur Verfügung gestellt. Welden unterstrich die Notwendigkeit dieses Vorgehens: »Dreiviertel der Rohheit, Sittenlosigkeit und des Verderbnisses der ärmeren Classen stammt aus der vernachlässigten Erziehung der Mädchen.«¹⁴⁴

Politische Wohltätigkeit in Abgrenzung zur Revolution

Nach den revolutionären Ereignissen in Wien im Jahr 1848 machten es sich bürgerliche und adelige Frauen zur Aufgabe, Kinder, insbesondere Mädchen, aus ihrer vermeintlich unmoralischen Umgebung zu retten. Berichte über die Tätigkeit des am Ende des Revolutionsjahres gegründeten *Frauen-Wohltätigkeitsvereins* zeigen das Bemühen, sich von dem im August 1848 von Karoline von Perin, geborene von Pasqualati (1806–1888), gegründeten *Demokratischen Frauenverein* abzugrenzen. Dieser bestand zwei Monate lang und war der erste Verein, der mit der ausdrücklichen Absicht einer politischen Beteiligung der Frauen und dem Ruf nach Gleichberechtigung auftrat.¹⁴⁵

Ein Beispiel für diese Abgrenzungsbemühungen zwischen karitativen und revolutionären Frauen findet sich in einem Bericht über eine Veranstaltung im Volksgarten im Mai 1849. Maria Benkovits, k.k. Kunststickerin, die eine eigene »Kunststickerei-Anstalt« betrieb und in den 1850er-Jahren unter anderem am Mädcheninstitut der Fröhlich-Schwesterntätig war,¹⁴⁶ hatte bereits vor der Revolution einen *Verein zur Bekleidung dürftiger Schulkinder* gegründet und veranstaltete gemeinsam mit Mitgliedern des *Frauen-Wohltätigkeitsvereins* regelmäßig karitative Veranstaltungen im Cortischen Kaffeehaus im Wiener Volksgarten.¹⁴⁷ Der damals siebzehnjährige Student Anton Freiherr von Niebauer (1832–1914), später ein Verwaltungsbeamter, schrieb einen Bericht über die Veranstaltung vom Mai 1849 und verglich die Aktivitäten von Maria Benkovits und anderer karitativer Frauen mit denen des *Demokratischen Frauenvereins*, der nur wenige Monate zuvor den gleichen Veranstaltungsort für Zusammenkünfte genutzt hatte:

»Nachdem die Beschenkten reichlich bewirtheet worden, schloß die erhabene Feier und Jeder der Anwesenden verließ wahrhaft geistig erquickt durch dieses Bild edler Frauentugend und wohl auch versöhnt jenen Saal, worin vor wenigen Monden noch der demokratische Frauen-Verein, dieser Hochpunkt der Lächerlichkeit und Verrücktheit des Weibergeschlechts, seine erste Sitzung hielt.«¹⁴⁸

144 Welden zitiert in Reméle, Johann Nepomuk: Über den Wert der Arbeitsschulen und die Mittel, diese zum Wohle der Menschheit zweckmäßig einzurichten, Wien: Mayer 1856, S. 14.

145 G. Hauch: Frau Biedermeier.

146 Siehe Kapitel 5.2.

147 Fremden-Blatt, 07.12.1851, S. 3.

148 Der Österreichische Zuschauer, 16.05.1849, S. 8.

Abb. 19: Balthasar Wigand, »Aussicht von Curtys Caffehaus [Cortis Kaffeehaus] auf der Bastei« (Löwelbastei), um 1830.



Quelle: Wien Museum Inv.-Nr. 61852 (<https://sammlung.wienmuseum.at/objekt/131659/>)

Indem die Mitglieder wohlthätiger Frauenvereine ihre Versammlungen an diesem Ort abhielten, beanspruchten sie den Raum für sich und füllten ihn mit geschlechtsspezifisch angemessenem Verhalten. Im Vergleich zum radikalen *Demokratischen Frauenverein* wurden die Aktivitäten der Wohltätigkeitsvereine nach der Revolution als bescheiden, häuslich und im Privaten verortet propagiert und wahrgenommen. Die Wohltätigkeit bot den teilnehmenden Frauen eine Rolle als moralische Hüterinnen und rechtfertigte ihr öffentliches Auftreten. Diese Rolle wurde aktiv konstruiert: Ein anonymer Beitrag bezeichnete die Mitglieder des *Frauen-Wohltätigkeitsvereins* im Jahr 1851 als »Segenspflanze« inmitten der »Tollkirschen« und »Giftkräuter«¹⁴⁹ des Revolutionsjahres 1848:

»Dieser Verein wirkt erst im dritten Jahre nach seiner Gründung als eine Segenspflanze, die mitten unter den Tollkirschen und Giftkräutern des Revolutionsjahres emporgeschossen. Wer die Berichte desselben vergleicht, wird mit ergebendem Troste seine von Gottes Hilfe sichtbar beschützte Wirksamkeit im Wachstum und segenvoller Zunahme ersehen. Dank den edlen Frauen, die in bescheidener Zurückgezogenheit das Gute wirken und ihre Namen den Edelsten und Verdienstvollsten unserer Zeit anreichen!«¹⁵⁰

Der Bericht unterstrich, dass die Frauen ihre guten Taten in Zurückgezogenheit verrichten würden. Doch der Besuch bedürftiger Familien, das Sammeln von Spenden, die Verteilung von gespendeten Gütern, die Eröffnung und Beaufsichtigung von Mädchenschu-

149 Der Österreichische Zuschauer, 14.06.1851, S. 765.

150 Ebd.

len und die Durchführung von Wohltätigkeitsveranstaltungen waren öffentlich und zutiefst politisch, wie ein Bericht über die Wirkung des *Frauen-Wohltätigkeitsvereins* in der satirischen Zeitschrift *Hans Jörgel von Gumpoldskirchen* illustriert. In der ab März 1850 von Anton Langer (1824–1879) als verantwortlichem Redakteur herausgegebenen Zeitschrift wird die Wirkung des Vereins als eine »1. religiöse« und »2. eine politische« bezeichnet.¹⁵¹ Der zweite Punkt ist ausführlich beschrieben:

»Die gefährlichste Leidenschaft der untern Volksklassen is der Neid, der gewisse unheimliche Groll, wann der Proletarier die Reichen in Saus und Braus s'Geld verschwenden sieht, indessen er selbst kaum Brot für sich und seine Kinder hat. [...]«

Die wohltätigen Frauen begäben sich direkt zu den Betroffenen,

»die lieben, guten, sanften Frauen, die die Armuth nit zu sich rufen lassen, um sultanische Gnaden auszuteilen, sondern die der Not nachgeh'n in ihre Höhlen und Schlupfwinkeln, die mit ihren feinen Zünglein Sachen zur Sprach bringen, die der Arme nie einem Mann gestehen würde, [...] die manchen, armen, unbeholfenen Weib was besseres, als G'schenk geben können, nämlich den Rath, wie sie ihre Wirthschaft in bessern Stand setzen kann [...]«¹⁵²

Der *Frauen-Wohltätigkeitsverein* sorgte 1852 mit zwei Neugründungen für Aufmerksamkeit. In Zusammenarbeit mit dem *Severinusverein* wurde eine Knaben-Beschäftigungsanstalt gegründet. Die Ziele der Anti-Masturbations-Kampagnen werden im Bericht des *Severinusvereins* nachvollziehbar, in dem die Notwendigkeit einer solchen Anstalt erläutert wird:

»Ist es daher ein Wunder, wenn solche Knaben und leider auch Mädchen, von satanischen Subjekten gelockt und verführt, sich dem Laster ergeben? Die Zahl dieser Unglücklichen ist aber groß, ja sehr groß.«¹⁵³

Die zweite Gründung war ein Verein zur *Heranbildung guter Hausmägde*, der bald als *Marien-Verein* bekannt war. Die Namensgebung führte möglicherweise zu einer Verwirrung, da ein gleichnamiger Verein (Marienverein) existierte, der sich mit der Mission in Central-Afrika beschäftigte.¹⁵⁴ Der *Marien-Verein* bot alleinstehendem weiblichen Dienstpersonal, das auf der Suche nach einer Anstellung war, bei Bedarf einen Schlafplatz, und half

151 Hans Jörgel von Gumpoldskirchen, 26.01.1852, S. 1–5, hier S. 2f. Diese Bezeichnung war für diese Zeit ungewöhnlich. Die Mitgliedschaft in politischen Vereinen wurde mit dem § 30 des Vereinsgesetzes von 1867, das Frauen mit »Ausländern« und »Minderjährigen« gleichsetzte, verboten. RGBL. 134/1867.

152 Ebd., S. 5.

153 Ebd.

154 Das systematische Kaufen von Kindern auf Sklavenmärkten sollte zur Seelenrettung der Betroffenen führen. W. Sauer: Soliman, S. 95.

bei der Arbeitssuche.¹⁵⁵ Wenige Monate nach der Gründung des *Marien-Vereins* nahmen ausgewählte Frauen des *Frauen-Wohltätigkeitsvereins* an einer Vollversammlung des *Severinusvereins* teil. Die Teilnahme von Frauen an einer Sitzung eines Männervereins war keinesfalls eine gängige Praxis. Die Rede des Präsidenten anlässlich dieser Zusammenkunft lässt vermuten, dass die Einladung dazu dienen sollte, die Differenzen zu überwinden, die 1851 zur Umstrukturierung des *Frauen-Wohltätigkeitsvereins* geführt hatten. Der Präsident Johann Paul Kaltenbäck (1804–1861) betonte, dass ungünstige Zeitereignisse den Kontakt zwischen dem *Severinusverein* und dem *Frauen-Wohltätigkeitsverein* unterbrochen hätten. Er schloss seine Ausführungen mit der Hoffnung auf einen Neubeginn der Beziehung: »Wollen wir hoffen, daß es mit dem heutigen Tage, wenn nicht hergestellt, doch wieder eingeleitet ist.«¹⁵⁶ In den folgenden Jahren gewannen der *Severinusverein* und der *Frauen-Wohltätigkeitsverein* mit Kardinal Joseph Othmar Ritter von Rauscher (1797–1875), dem Nachfolger des Erzbischofs Vincenz Eduard Milde, einen mächtigen Verbündeten. Rauscher war im Gegensatz zu Milde sehr an der Etablierung eines katholischen Vereinswesens interessiert, das er als ein Bollwerk gegen revolutionäre Ideen betrachtete:

»Würden alle Katholiken, welche Katholiken sein und bleiben wollen, einmütig hervortreten und laut für die Wahrheit und Gerechtigkeit Zeugniß geben, so wäre in Österreich die Macht der feindlichen Bestrebungen mit einemmale gebrochen.«¹⁵⁷

Mit Antritt seines Ordinariats übernahm er die Schirmherrschaft über den *Severinusverein*, »da dieser Verein aus Männern besteht, welche erkannt haben, was dem Einzelnen und der Gesellschaft Noth thut, [...]«.¹⁵⁸ Obwohl der *Frauenverein für Arbeitsschulen* nicht als katholischer Verein gegründet wurde, war er 1853 ebenso bestrebt, seine Nähe zu Rauscher zu demonstrieren. Im Mai 1853 berichtete die Zeitung *Österreichischer Zuschauer* über das Treffen von Erzbischof Rauscher mit einer Delegation des Vereins:

»Die Frauen waren gerührt und entzückt über die Leutseligkeit und Herzengüte des hohen Kirchenfürsten, der fast eine Stunde in ihrem Kreis stand und sich um sämtliche Details der Armenpflege und der so segnenreich wirkenden Arbeitsschulen dieses Vereins sorgfältigst erkundigte.«¹⁵⁹

Unter Rauscher kam es zu einer Vielzahl von katholischen Vereinsgründungen, die jedoch keine Massenwirkung erzielten. Ein Bereich, der Rauscher besonders wichtig war, war die katholische Mission. Er betonte die politische Notwendigkeit der Missionstätigkeit:

155 Die Gründerin des Josephstädter-Filialvereins, Anna Schulz, publizierte eine Geschichte des Vereins. Schulz, Anna: *Entstehen und Wirken des Marienvereins zur Heranbildung guter Hausmägde*, Wien: Selbstverlag 1861.

156 *Österreichischer Volksfreund*, 17.07.1852, S. 51f.

157 Wolfsgruber zitiert an dieser Stelle Rauscher ohne Quellenangabe. Wolfsgruber, Cölestin: *Carolina Auguste, die »Kaiserin-Mutter«*, Wien: Kirsch 1893, S. 349.

158 Wolfsgruber, Cölestin: *Joseph Othmar Cardinal Rauscher, Fürsterzbischof von Wien. Sein Leben und sein Wirken*, Wien: Herder 1888, S. 354.

159 *Der Österreichische Zuschauer*, 11.05.1853, S. 606.

»Aber die Unterstützung der Missionen ist nicht nur eine Pflicht der Nächstenliebe, sondern hat auch eine politische Seite, am allermeisten im türkischen Reiche.«¹⁶⁰

Die Verbreitung katholischer Vereine in den 1850er-Jahren, speziell die »Rettung« von Kindern aus sozial benachteiligten Verhältnissen durch bürgerliche Frauen, war lediglich eine von vielen Spielarten missionarischer Tätigkeit, die zu einem großen Teil von Frauen ausgeführt wurde. Die Historikerin Laura Wildenthal beschreibt eindrücklich, wie Frauen im Deutschen Reich sich ab den 1880er-Jahren auf Zivilisierungsmission begaben, um den deutschen Kolonialismus zu verwirklichen. In ihrem Sendungsbewusstsein unterschieden sie sich kaum von den Wiener Frauen der späten 1840er und 1850er Jahre. Unter dem Banner der kaiserlichen und katholischen Sendung versuchten auch sie, das »Proletariat« zu retten – und sich selbst.¹⁶¹

Mädchen aus Arbeiter:innenfamilien: Zielgruppe und Bildungsinhalte

Über den Umgang der in den Vereinen engagierten Frauen mit den Schülerinnen gibt es lediglich Hinweise aus den Berichten der Frauen selbst. Der *Frauen-Wohltätigkeitsverein*, der bis Ende der 1850er Jahre in Wien und Umgebung elf Arbeitsschulen für Mädchen einrichtete, hob hervor »wie glücklich sie [die Mädchen] sich schon dadurch fühlen, daß gebildete Frauen mit ihnen umgehen und für ihr Wohl besorgt sind.«¹⁶² Wichtig ist hier die Hervorhebung der Bildung der bürgerlichen Frauen in Abgrenzung zur Unwissenheit von Frauen, die einer Erwerbsarbeit nachgehen mussten.

Der *Frauenverein für Arbeitsschulen* verfolgte ähnliche Ziele wie der *Frauen-Wohltätigkeitsverein*:

»Die Arbeitsschule soll die Schülerinnen nützlich beschäftigen, und dieselben durch moralischen Einfluß zur Religiosität, Sittlichkeit, Geduld, Verträglichkeit, Fleiß, Sparsamkeit und Reinlichkeit führen. Der Zweck ist somit die Sittlichkeit, das Mittel hiezu die Arbeit.«¹⁶³

Die Gutsbesitzerin Gabriele von Neuwall, geb. Baumann (1824–1873), die gemeinsam mit Angelica Gräfin Vetter von Lilienberg, geb. von Liebenberg (1819–1881) für eine Schule in der Vorstadt Margareten verantwortlich war, berichtete, dass die Mädchen, die diese

160 C. Wolfsgruber: Rauscher, S. 355.

161 Wildenthal, Lora: *German women for empire, 1884–1945*, Durham: Duke University Press 2001. Wie Katharina Stornig in ihrer Studie zeigt, ließe sich die Liste kolonialer Bestrebungen unter dem Banner der Wohltätigkeit lange fortsetzen. Stornig, Katharina: *Spenden, Retten, Helfen. Das »ferne Kind« und die Transnationalisierung der Wohltätigkeit*, Göttingen: Wallstein 2024. Ein Beleg für die Mädchenbildung in katholischen Internaten, bei der die Formung des Mädchenkörpers durch Arbeit und Frömmigkeitserziehung im Zentrum stand, findet sich bei Kamphuis, Kirsten: *Girls' Bodies as a Site of Reform: The Roman Catholic Boarding Schools in Flores, Colonial Indonesia, c.1880s–1940s*, in: Daniel Gerster/Felicity Jensz (Hg.), *Global Perspectives on Boarding Schools in the Nineteenth and Twentieth Centuries*, Cham: Springer International Publishing 2022, S. 263–285.

162 Wiener Zeitung, 25.10.1850, S. 3230.

163 J. N. Reméle: *Arbeitsschulen*, S. 23.

Schule besuchten, bedeutende Fortschritte in Bezug auf ihre Sittlichkeit, ihren Fleiß, ihre Sauberkeit und ihre Geschicklichkeit in der Handarbeit gemacht hätten. Die Kinder würden das »Gepräge der Gesundheit und des Glücks« in sich tragen, wie Neuwall näher ausführte:

»Ich hebe diesen Punkt besonders hervor, weil mich beim Antritte der Leitung der Schule, die Verwahrlosung der Kinder, die fast nie oder nur selten gekämmten Haare, der gänzliche Mangel an Reinlichkeit der Kleider und des Körpers auf's unangenehmste berührte.«¹⁶⁴

Gabriele von Neuwall fuhr in ihrer Beobachtung fort und präzierte ihr Unbehagen:

»Die Köpfe vieler Mädchen waren in Folge dieser Vernachlässigung so krank und wund, daß es Überwindung kostete, mit ihnen zu verkehren.«¹⁶⁵

Die Frauen, die sich mit der Gründung und dem Betrieb von Arbeitsschulen beschäftigten, kamen – möglicherweise zum ersten Mal in ihrem Leben – mit den ärmlichen Lebensverhältnissen der Mehrheit der Menschen in den damaligen Wiener Vorstädten in Berührung.

Im Jahr 1854 forderte das Fürsterzbischöfliche Konsistorium die Anfertigung von Schulbesuchlisten der Wiener Arbeitsschulen: Blankoformulare wurden an die Ortspfarrer verschickt, damit diese sie an die Leiterinnen der Arbeitsschulen weitergaben. Auf der Vorderseite der standardisierten Liste wurden die Adresse, die Pfarrei, die Leiterin der Schule sowie die Lehrperson(en) eingetragen und die Anzahl der Unterrichtsstunden genannt. In vielen Fällen konnten Kinder im von der jeweiligen Leiterin einer Schule festgelegten Zeitraum zwischen 8 Uhr morgens und 18 Uhr abends kommen. Eine Schülerinnenliste aus dem Jahr 1854 gibt einen Überblick über den sozialen Hintergrund der Mädchen. Unter den von Gabriele von Neuwall betreuten Schülerinnen befanden sich Töchter von Schustern, Webern, Wäscherinnen, Tagelöhnern, Färber-, Uhrmacher- und Tischlergesellen sowie von Bedienerinnen und Hausknechten. Im Jahr 1854 besuchten 48 Schülerinnen die Arbeitsschule. Auch die Altersspanne überstieg die Vorgaben der Vereine: Das jüngste Mädchen, Johanna Ber, war fünf Jahre alt.

Die Schulen des *Frauenvereins für Arbeitsschulen* hatten Öffnungszeiten von zehn bis zwölf Uhr vormittags und von drei bis fünf Uhr nachmittags. Gabriele von Neuwall verlängerte jedoch die Nachmittagsstunden auf sechs Uhr und fügte der Schülerinnenliste den Vermerk hinzu, dass die Mädchen, die ihre Schulpflicht bereits erfüllt hatten, bereits um neun Uhr morgens in die Schule kommen durften.¹⁶⁶ Die Vorsteherin nahm auch jüdische Mädchen in die katholische Arbeitsschule auf, die Schülerinnenliste enthielt die

164 Ebd., S. 82.

165 Ebd.

166 DAW, Schulamtsakten 275/3/4d, Verzeichnis der Mädchen, welche die [...] weibliche Arbeitsschule des Frauenvereins für Arbeitsschulen besuchen, Hundsturm, Pfarre Margarethen.

Namen von vier Mädchen mit dem Vermerk »israelitisch«. ¹⁶⁷ Gabriele von Neuwall und ihre Mitstreiterinnen standen in ständigem Kontakt mit den Lehrpersonen, um das Betragen und die Frequenz des Schulbesuchs zu besprechen. Bei wiederholtem Fernbleiben wurden die Eltern zur Rechenschaft gezogen. Hier wird der Aspekt der Demütigung besonders erkennbar. ¹⁶⁸

»Die Mädchen besuchen gerne und fleißig unsere Schule, werden sie von den Eltern zu Hause zurückgehalten, so fließen häufige Thränen, wie dies die Mütter selbst eingestehen, wenn wir sie hierüber zur Rede stellen.« ¹⁶⁹

Die Erziehung der Mädchen ging Hand in Hand mit den Versuchen die Eltern zu disziplinieren. Die Frauen inszenierten sich als die kompetenteren Mütter und sahen es als ihre Mission an, die Mädchen der arbeitenden Klasse zu retten, wie folgendes Zitat verdeutlicht:

»Die Hauptaufgabe des Vereins ist es jedoch, wie überhaupt mit allen Armen, die unterstützt werden, so insbesondere in diesen Schulen auf den Geist und das Herz dieser armen Kinder im Sinne unserer heiligen Kirche belehrend, ermunternd und erhebend einzuwirken.« ¹⁷⁰

Nicht alle Eltern waren bereit, diese Behandlung zu akzeptieren. In der Schülerinnenliste einer vom *Frauenverein für Arbeitsschulen* gegründeten und beaufsichtigten Arbeitsschule in Wieden ist neben den Namen zweier Mädchen, der zehnjährigen Barbara Rössler und ihrer neunjährigen Schwester Eleonora, folgender Kommentar zu lesen: »Wegen einer Zurechtweisung der Mutter aus der Schule genommen.« ¹⁷¹

Bei den Hausbesuchen gingen die Frauen zu zweit von Wohnstätte zu Wohnstätte, um die häuslichen Verhältnisse zu erkunden. Im ersten Bericht des *Frauen-Wohltätigkeitsvereins* Leopoldstadt werden die Frauen als Retterinnen von Mädchen aus schwierigen Lebensverhältnissen beschrieben:

»Auch ergaben sich den untersuchenden Frauen nicht selten Fälle, wo besonders jüngere Mädchen, ohne Eltern und Verwandte in einer bedenklichen Unterkunft angetroffen, durch schleunige anderweitige Versorgung der Unsittlichkeit entrissen wurden, wobei die Frauen mehrmals auf heftigen Widerstand von seiten solcher lichtscheuer

167 Ebd. Eintrag 16.) Kathrin Bendler, 11 Jahre alt, Vater Metzger; Eintrag 49.) Breyner Franziska, 8 Jahre, Vater Hausierer; Horawetz Maria, 8 Jahre, Vater Knecht; und Schnürmacher Regine, 11 Jahre, Vater Hausierer.

168 Geremek, Bronislaw: *Poverty. A History*, Hoboken: Wiley-Blackwell 1991, S. 5f.

169 J. N. Reméle: *Arbeitsschulen*, S. 83.

170 *Frauen-Wohltätigkeitsverein für Wien und Umgebung: Zweiter Jahresbericht*, S. 14.

171 DAW, Schulamtsakten 275/3/4h, Verzeichnis der Mädchen, welche die [...] weibliche Arbeitsschule des Frauen Wohltätigkeitsvereines Wieden besuchen.

Beherberger gestoßen sind, aber durch feste Beharrlichkeit stets ihren Zweck erreichten.«¹⁷²

In einem Paragraphen der Vereinsstatuten wird die Notwendigkeit des Besuchs der Wohnstätten hervorgehoben:

»Paragraph 29. Es dürfen nur jene Kinder aufgenommen werden, deren Eltern so mittellos sind, daß sie durchaus kein Geld auf ihre Erziehung verwenden können. Diese Dürftigkeit muß von zwei Frauen untersucht und bestätigt werden.«¹⁷³

Geschichten der Transformation, ein wichtiger Vorgang im missionarischen Kontext, waren ein wesentliches Merkmal in den Berichten. Baronin Henriette Pereira-Arnstein und Eleonora Hoyer vom *Frauenverein für Arbeitsschulen* beschrieben die Veränderung von drei Mädchen, von denen eine sich bereits in Gefahr begeben hatte: »[...] letztere hatte bereits häufig ganze Nächte auf Tanzböden und in liederlicher Gesellschaft durchschwärmt.«¹⁷⁴

Die Frauen berichteten, dass die Mädchen ihre Eltern bessern würden, indem sie die Religiosität in die Familien zurückbrächten. Abends saßen sie gemeinsam mit ihren Familien und verrichteten Handarbeiten. Mit zahlreichen detaillierten Berichten über Mädchen, die durch die Beeinflussung ihres häuslichen Umfelds ihre weibliche Funktion erfüllten, wurde eine Geschichte der erfolgreichen Umsetzung erzieherischer Maßnahmen erzählt. Die Historikerin Linda Mahood berichtet in ihrer Analyse von »Kinderretterinnen« (*Lady Child-Savers*) in Schottland von der Erwartung der in den Schulen tätigen Frauen, dass sich ihr Bemühen auf die Familien vor Ort auswirken würde. Sie hofften, dass die Kinder nach der Anpassung an den Tugendstandard der karitativ tätigen Frauen sowie an die strenge Ordnung und Sauberkeit in den Schulen, mit dem Lebensstandard ihrer Familien unzufrieden werden und diesen verändern würden.¹⁷⁵

Die Berichte und die Umsetzung der Arbeitserziehung glichen sich in beiden Vereinen. Im Gegensatz zum *Frauen-Wohltätigkeitsverein* führte der *Frauenverein für Arbeitsschulen* eine Maßnahme ein, die auf das Erlernen von Sparsamkeit abzielte. Um den Mädchen den Umgang mit Geld beizubringen und sie zum Besuch der Arbeitsschule zu motivieren, zahlte der Verein den Mädchen kleine Geldbeträge für ihre Arbeit oder für die Teilnahme an einer karitativen Ausstellung von Handarbeitsprodukten. Jede Schule ermutigte die Mädchen außerdem, Sparbücher anzulegen. Im Jahr 1852 wiesen Baronin Pereira-Arnstein und Eleonora Hoyer auf ihren Erfolg bei diesem Unterfangen hin. Sie betonten, dass bereits 18 der 106 Mädchen, die ihre Schule besuchten, Sparbücher mit einem Gesamtbetrag von vierzig Gulden besaßen. Am Ende ihres Berichts für die Schule in Matzleinsdorf erklärte Iduna Laube, dass es vorkam, dass Eltern ihre Kinder aus der Schule nahmen, um an das meist mit ein paar Gulden gefüllte Sparbuch ihrer Kinder

172 Frauen-Wohltätigkeitsverein für Wien und Umgebung: Jubiläumsrückschau und Rechenschaftsbericht des Frauen-Wohltätigkeitsvereines für Wien und Umgebung 1908, Wien: Verlag des Vereines 1909, S. 18.

173 Jahresbericht des Frauen-Wohltätigkeits-Vereines für Wien und Umgebung, Wien 1855, S. 5.

174 J. N. Reméle: Arbeitsschulen, S. 86.

175 L. Mahood: Family Ties, S. 42–64, hier S. 58f.

zu gelangen. Ob dies tatsächlich der Fall war oder ob die Eltern auf Maßregelungen von Vereinsfrauen reagierten ist nicht belegt.¹⁷⁶

Ein weiterer Grund für das Verlassen der Schule war der Eintritt in den Dienst. In den Ausführungen der Schule des *Frauen-Wohltätigkeitsvereins* in der Pfarre Laimgrube sind einige der 88 Namen durchgestrichen, was einen Austritt aus der Schule bedeutete.

»36. Eith Aloisia, 13 Jahre katholisch, Vater Simotheus Eith, Tischlergeselle, Witwer, Windmühl Nr. 27, 28. August 1850, Kommt in eine Arbeit. Ausgetreten.

[...]

39. Madeski Anna, 13 Jahre katholisch, Vater Josef Madeski, Tischlergeselle, Mutter Elisabeth, Laimgrube Nr. 92, Ausgetreten, soll in eine Lehre kommen.

[...]

44. Strasser Mathilde, 11 Jahre katholisch, Vater Ludwig Sievers, Lohndiener [...] kommt in eine Lehre, ausgetreten.

[...]

49. Dolleck Karolina, 8 Jahre katholisch, Mutter: Antonia Dolleck, Schneiderswitwe [...] Wegen übler Aufführung ausgewiesen.

[...]

63. Maschke Johanna, 12 Jahre katholisch, Mutter Anna Maschke, Hebamme u. Witwe [...] in einen Dienst getreten.

[...]

74. Huber Anna, 11 Jahre, katholisch [...] ist in eine Lehre gekommen.

[...]

87. Emmerich Franziska, 15 Jahre, kath. Bildhauerswaise, Ziehtochter der Lehrerin des kath. Frauen Wohltätigkeits Vereines, Laimgrube Nr. 48; ist in einen Dienst getreten

[...]

88. Rabenbauer Hedwig, 15 Jahre katholisch; Mutter: Barbara Rabenbauer, Hausmeisterin, Witwe. Ist in einen Dienst getreten.«¹⁷⁷

Die Hofstatters- und Wagenfabrikantenwitwe Anna Brandmayer, geb. Taglang (1773–1858), reichte als Leiterin der Arbeitsschule in der Rossau im Oktober 1854 die Schülerinnenliste ein.¹⁷⁸ Zu diesem Zeitpunkt besuchten 109 Mädchen im Alter von sechs bis vierzehn Jahren die Schule. Die Herkunft der Kinder zeigt die soziale Zusammensetzung des Pfarrbezirks. In der Rubrik »Name Stand Wohnort« wurden die Namen der Väter, selten der Mütter, angegeben. Die Schule wurde von Töchtern von Handwerkern (Gesellen und Meister), von Personen im Dienstleistungssektor (Hausmeister, Dienstpersonal, Wäscherinnen), in der Landwirtschaft/dem Baugewerbe (Tagelöhner), dem Textilgewerbe und von einem in der Verwaltung tätigen Kanzleidiener besucht. Wie detailliert über die Schülerinnen, auch hinsichtlich der Rubrik »Sittlichkeit«, berichtet wurde, variierte von Schule zu Schule.

176 J. N. Reméle: Arbeitsschulen, S. 86.

177 DAW: Verzeichnis der Mädchen, welche die [...] weibliche Arbeitsschule des katholischen Frauen Wohltätigkeits Vereines besuchen, Laimgrube, in, ed. Schulamtsakten 275/3/5b, Wien 1854.

178 DAW, Schulamtsakten 275/4/7e, Verzeichnis der Mädchen, welche die [...] weibliche Arbeitsschule des Frauen Wohltätigkeits-Vereines im Bezirke Rossau besuchen.

Beim Eintrag 87 über Franziska Emmerich wird erkennbar, wie sehr die Frauen in das Leben der Kinder eingriffen: Die Lehrerin der Schule, Barbara Hobelsberger, hatte das Kind bei sich zu Hause aufgenommen. Einige Kommentare deuten auf den Widerstand der Mädchen hin, sich der schulischen Disziplin zu fügen. Karoline Dolleck, ein achtjähriges Mädchen, dessen Mutter die Witwe eines Schneiders war, wurde wegen schlechten Benehmens von der Schule verwiesen. Ein anderes Mädchen wurde als »faul und ausgelassen«¹⁷⁹ beschrieben. Die Tatsache, dass ihre Pflegemutter eine unverheiratete Wäscherin war, wurde mit einem Ausrufezeichen hervorgehoben, so als ob Beruf und Familienstand bereits Immoralität suggerieren würden.¹⁸⁰ Das sogenannte Sittenzugnis, das von den öffentlichen Schulen, aber auch von den Arbeitsschulen ausgestellt wurde, war für die spätere Beschäftigung wichtig. Gemeinnützige Arbeitsschulen waren oft ein Sprungbrett für den Einstieg in ein Berufsleben, wie der Jahresbericht des *Frauenvereins für Arbeitsschulen* für das Jahr 1858 zeigt.

Dem Jahresbericht zufolge wurden führende Frauen des Vereins häufig von potenziellen Arbeitgeber:innen kontaktiert, die geeignetes Dienstpersonal suchten. Marie Fürstin Liechtenstein (1800–1884) zufolge konzentrierten sich diese Empfehlungen auf die »Diensttauglichkeit« der Mädchen, die trotz ihres jungen Alters ausgewählt wurden. Die Arbeit in den Fabriken stellte nicht nur eine Konkurrenz zur Arbeit im Dienst dar, sondern auch zu den Arbeitsschulen. Die Frauen erachteten es als notwendig, die Eltern von den Vorteilen des Besuches einer Arbeitsschule zu überzeugen, anstatt durch die Fabrikarbeit eine weitere Einkommensquelle für die Familie zu schaffen. Die kleinen Spenden, die die Kinder für ihre Arbeit erhielten und auf Sparbüchern ansparen durften, galten als Anreiz. Ein weiterer Anreiz war, dass die Kinder während des Schulbesuchs oft Essen erhielten. Zu Anlässen wie Weihnachten, Ostern oder anderen Festen wurden auch Kleidung, Schuhe und andere Güter verteilt. Im Jahresbericht wurde bedauernd darauf hingewiesen, dass Eltern ihre Töchter aus der Schule nahmen, um sie in Fabriken arbeiten zu lassen.

»Würden viele Vereinsschülerinnen nicht, durch größeren Verdienst in den Fabriken verlockt [sic], vorzeitig aus der Schule genommen, so wäre unser Verein im Stande bereits jetzt eine ganz schöne Zahl von brauchbaren, braven Dienstmädchen zu stellen, nach welchen das Verlangen immer lauter und das Bedürfnis immer fühlbarer wird.«¹⁸¹

Angesichts der geringen Entlohnung und der absoluten Abhängigkeit in einer Position als Dienstmagd entschieden sich viele junge Frauen für eine Arbeit in der Fabrik. In diesem Zusammenhang wies Johann Nepomuk Reméle (1808–1873), der Sekretär des *Frauenvereins für Arbeitsschulen*, auf die fehlende Umsetzung von Altersgrenzen bei Kinderarbeit in Fabriken hin. Würden keine Kinder unter zwölf Jahren in Fabriken aufgenom-

179 DAW: Verzeichnis der Mädchen, welche die [...] weibliche Arbeitsschule des katholischen Frauen Wohltätigkeits Vereines besuchen, Laimgrube (1854).

180 DAW, 275/3/5b, Laimgrube.

181 Bericht über die Wirksamkeit des unter dem Schutze der Erzherzogin Marie stehenden Frauenvereines für Arbeitsschulen seit der letzten Generalversammlung den 26. April 1857, Wien: Mechitharisten 1858, S. 4.

men, könnten aus den christlichen Mädchen die notwendigen Dienstmägde rekrutiert werden.

Ab den 1850er-Jahren wurden in den städtischen Zentren der Monarchie Knaben-Beschäftigungsanstalten ins Leben gerufen, die jedoch im Vergleich zu den entsprechenden Einrichtungen für Mädchen relativ gering an Zahl waren. In den 1840er und 1850er Jahren forderten unter anderem Mediziner die Einrichtung von Arbeitsschulen für Knaben. Ein prominentes Beispiel ist der Wiener Kinderarzt Franz Seraph Hügel (1812–1876), der ein Kinderkrankeninstitut und eine Kinderkrippe auf der Wieden leitete. Er war der Ansicht, dass die Zeit außerhalb der Schule eine wesentliche Quelle für jugendliche Laster darstelle. Hügel argumentierte, dass nur durch die Schaffung von Knaben-Arbeitsschulen ein Schutz gegen diese Laster sowie die Arbeitsscheu der kommenden Generation gewährleistet werden könne.¹⁸²

Auch der Begründer des St. Anna Kinderspitals, Ludwig Wilhelm Mauthner von Mauthstein (1806–1858), äußerte in seiner Erziehungsschrift für Mütter Sorge um die Knaben. Er warnte vor dem »Laster«, dass sich durch zu viele Körperreizungen, wie Küsse, entwickeln könne.¹⁸³ Körperliche Betätigung sei wichtig, doch er riet von Handarbeiten ab, die zur Verweiblichung führen würden:

»Bei der ersten Erziehung des Knaben ist dagegen darauf zu sehen, daß er nicht zu weibisch werde; es geschieht vorzüglich durch das allzuhäufige Küsse fordern [...], durch die Beschäftigung mit weiblichen Arbeiten [...].«¹⁸⁴

Zu den Aktivitäten der frühen Knaben-Beschäftigungsanstalten ist wenig überliefert. Ein Zeitungsbericht über die Arbeitsschule in der Leopoldstadt gibt jedoch einen Eindruck von der Größenordnung solcher Schulen im Vergleich zu ähnlichen Einrichtungen für Mädchen. Im Jahr 1853 besuchten vierzig Schüler im Alter von acht bis dreizehn Jahren die Schule. Sie war von acht Uhr morgens bis sieben Uhr abends geöffnet, um eine Überwachung der Kinder während der Arbeitszeit der Eltern zu gewährleisten.

»Der Zweck dieses Unternehmens ist, jene Knaben, welche der Schule entwachsen und noch untauglich für die Lehre sind, dem Müßiggange zu entreißen, an Tätigkeit zu gewöhnen, sie für ihren künftigen Beruf vorzubereiten, und dadurch für die Gesellschaft nützliche und moralische Glieder heranzubilden.«¹⁸⁵

Ab den 1880er-Jahren gründeten Privatvereine zusätzlich zu diesen Einrichtungen Horte. Diese sollten, ähnlich wie Arbeitsschulen, bürgerliche Werte vermitteln und vor Müßiggang schützen.¹⁸⁶ Um 1900 wurden Horte vor allem im parteipolitischen Rahmen propagiert und gegründet. Die Zielsetzung, Kinder von Arbeiter:innen zu betreuen und

182 F. S. Hügel: Humanitäts-Anstalten, S. 115.

183 Mauthner, Ludwig Wilhelm: Kinder-Diätetik, eine Anleitung zur naturgemäßen Pflege und Erziehung des Kindes, Wien: Carl Gerold und Sohn 1853, S. 252.

184 Ebd., S. 263.

185 Die Presse, 21.01.1853, S. 6.

186 H. Engelbrecht: Geschichte Band 4, S. 142.

zu verköstigen, war insbesondere ein Anliegen der Sozialdemokratie, die christlichsoziale Stadtverwaltung in Wien forcierte die Unterbringung von Kindern in Horten.¹⁸⁷

Die Eröffnung einer Arbeitsschule für Mädchen bot Frauen in den urbanen Zentren der Habsburgermonarchie eine Einkommensquelle. Einige nutzten die Regelung um verdeckte Schneiderwerkstätten zu betreiben. Bischof Vincenz Eduard Mildes Bezeichnung der Arbeitsschulen als »Zwangsarbeits-Häuser« war vermutlich fallweise zutreffend, gleichzeitig schwingen in der Kritik des Klerikers die oft vorgebrachten Vorbehalte gegen Privatschulinhaber:innen mit, die nur zu ihrem Eigennutz handeln würden. Mit dem Reichsvolksschulgesetz von 1869 wurde die Unterrichtspflicht auf acht Jahre ausgedehnt und Handarbeiten mit Hauswirtschaft zu einem Pflichtfach für Mädchen.¹⁸⁸ Das Angebot an berufsbildenden Schulformen für Knaben wurde zwar erweitert, doch auch in diesem Bereich herrschten private Gründungen mit staatlicher Subventionierung vor.¹⁸⁹ Auch noch nach dem Zerfall der Habsburgermonarchie wurden Mädchen von Frauen in Arbeitsschulen unterrichtet.¹⁹⁰

Die Jubiläumspublikation zum 60-jährigen Bestehen des *Frauen-Wohltätigkeitsvereins* aus dem Jahr 1908 thematisiert das Reichsvolksschulgesetz als Wendepunkt für die Vereinsarbeit. In den auf das Gesetz folgenden zwanzig Jahren wurden neun der elf Schulen des Vereins geschlossen. Bis 1909 blieb nur noch eine Schule in Neulerchenfeld mit fünfzig Schülerinnen bestehen. Anlässlich des 25-jährigen Regierungsjubiläums von Kaiser Franz Joseph I. im Jahr 1873, wurde eine Delegation des *Frauen-Wohltätigkeitsvereins* zu einer Audienz in die Hofburg eingeladen. Bei dieser Gelegenheit soll der Kaiser die Frauen in ihrem Vorhaben, weiterhin Arbeitsschulen zu betreiben, bestärkt haben: »Die Frauen Wiens mögen in ihrem christlich-humanitären Wirken standhaft ausharren!«¹⁹¹ Diese Aussage verdeutlicht den Konflikt zwischen dem Liberalismus der 1860er und 1870er Jahre und der vom Wiener Hof unterstützten katholischen Richtung. Damit einhergehend wurde das Konzept von Arbeitsschulen nicht mehr als Allheilmittel gesehen, wie ein Ansuchen des Bezirksausschusses Leopoldstadt zeigt. Der Ausschuss beantragte 1876 die Umwidmung des Stiftungsvermögen von Elisabeth Radislovitsch, geb. Braun, das dem *Frauen-Wohltätigkeitsverein* für den Betrieb einer Arbeitsschule und einer Knaben-Beschäftigungsanstalt gewidmet war:

»Bekanntlich hat die Statthalterei das Ansuchen des Bezirkes Leopoldstadt wegen Verwendung der Braun-Radislovitsch-Stiftung, die für eine weibliche Arbeitsschule und für eine Knaben-Beschäftigungsanstalt gegründet wurde, zur Errichtung eines den Bedürfnissen der Neuzeit mehr entsprechenden Kindergartens abgelehnt.«¹⁹²

187 Ebd., S. 143f.

188 §3, Gesetz vom 14. Mai 1869, durch welches die Grundsätze des Unterrichtswesens bezüglich der Volksschulen festgestellt werden. RGBl. 62/1869.

189 H. Engelbrecht: Geschichte Band 4, S. 218–220.

190 Verordnungsblatt des Stadtschulrates für Wien, 1. Mai 1926, S. 51.

191 Frauen-Wohltätigkeitsverein für Wien und Umgebung: Jubiläumsrückschau, S. 28.

192 Morgen-Post, 04.02.1877, S. 2.

Viele der vom *Frauenverein für Arbeitsschulen* betriebenen Schulen wurden nach dem Ende der Monarchie weiter geführt.¹⁹³ Ein statistischer Rückblick aus dem Jahr 1891 auf die vierzigjährige Vereinstätigkeit verdeutlicht diese Entwicklung.

Abb. 20: Statistische Übersicht 1851–1890.

Statistische Nachweisung

über den Schulbesuch, die Anzahl der angefertigten Arbeiten,
und des für verkaufte Arbeiten erzielten Erlöses, seit dem
Bestehen des Vereines.

Jahr	Anzahl der Schülerinnen	Angefertigte Arbeiten Stück	Verdientes Geld		Jahr	Anzahl der Schülerinnen	Angefertigte Arbeiten Stück	Verdientes Geld	
			fl.	kr.				fl.	kr.
1851	960	9400	192	—	Transport	37589	447158	71239	62
1852	1243	10150	789	09	1872	1851	23119	5490	77
1853	1628	11917	1187	16	1873	1671	21048	5494	95
1854	1690	14881	2067	55	1874	1504	16209	4440	20
1855	1715	17089	2068	52	1875	1533	15466	3541	96
1856	1740	20322	2322	51	1876	1486	17658	3752	70
1857	1727	16799	2135	43	1877	1516	15731	3233	33
1858	1707	19199	2444	14	1878	1475	16563	3698	46
1859	1673	19010	2733	56	1879	1502	14335	3335	73
1860	1634	20301	3359	17	1880	1436	14533	3579	13
1861	1810	27058	3821	34	1881	1468	14422	2926	88
1862	1826	24190	4236	90	1882	1392	13486	2944	56
1863	1935	25732	4315	05	1883	1345	13652	2788	97
1864	1993	26445	4721	39	1884	1349	12812	2732	71
1865	2010	26133	4565	23	1885	1208	12234	2481	27
1866	1987	25568	4193	42	1886	1180	11039	2413	07 1/2
1867	2073	27137	4694	63	1887	1199	11824	2500	98 1/2
1868	1983	26407	4949	65	1888	1264	12924	2544	09
1869	2084	26990	5450	99	1889	1262	11909	2910	59
1870	2047	26432	5459	70	1890	1286	12535	2789	72
1871	2084	25990	5684	69					
Transport	37589	447158	71239	62	Summe	64566	728832	135109	70

Im Durchschnitt stellt sich der Schulbesuch auf 1614 Kinder;
angefertigt 18221 Arbeiten;
verdientes Geld 3377 fl. 74 kr.

Quelle: ÖNB, Druckschriften, Der Frauenverein für Arbeitsschulen in Wien 1851–1891, Wien 1891, S. 27.

Im Verhältnis zum rapiden Bevölkerungsanstieg Wiens waren die zahlenmäßig erfolgreichsten Jahre des Schulbesuchs die ersten beiden Jahrzehnte nach der Revolution. Ab dem Reichsvolksschulgesetz 1869 sank die Zahl der Schülerinnen langsam aber beständig. Der längere Bestand der Schulen des *Frauenvereins für Arbeitsschulen* ist vermutlich auf die Unterstützung des Vereins durch finanzkräftige Spender:innen zurückzu-

193 Verordnungsbblatt des Stadtschulrates für Wien, 01.05.1926, S. 51. In der Auflistung wird auch die Stiftungsschule Braun-Radislovitsch erwähnt.

führen. Außerdem wurde der Verein drei Jahrzehnte von Marie Fürstin Liechtenstein geleitet, die es verstand, Geldmittel zu akquirieren.

In den 40 Jahren seines Bestandes zählte der *Frauenverein für Arbeitsschulen* die Verfertigung von 728.832 Werkstücken. Diese Zahl soll den Fleiß der Schülerinnen, der im Verein engagierten Frauen und der Lehrerinnen untermauern und ihre rastlose Tätigkeit hervorheben. Hinter dieser Zahl verbirgt sich die gesellschaftliche Realität, dass sich die Mädchen in den Vereinsschulen den Vorstellungen wohlhabender Geber:innen anpassen mussten. Sie erlernten Fertigkeiten, ohne dass ihre Eltern dafür bezahlen mussten; gleichzeitig waren sie durch die milde Gabe umso mehr ausgeliefert. Wie aufmerksam und zugewandt, oder wie harsch und gewalttätig die Behandlung der Mädchen war, hing wohl davon ab, mit wem sie es in den Schulen zu tun hatten. Für einige mag die Vereinsschule mit ihrer Arbeitsvermittlung ein Rettungsanker gewesen sein, denn Mädchen aus armen Familien erhielten ohnehin nur einen rudimentären Volksschulunterricht und hatten keine Möglichkeit, eine Aus- oder Weiterbildung zu absolvieren. Der Unterricht in Arbeitsschulen zielte darauf ab, Kinder aus benachteiligten sozialen Schichten auf das Berufsleben vorzubereiten und ihnen bürgerliche Werte wie Sparsamkeit und Fleiß zu vermitteln. Das Anfertigen von Werkstücken, die sorgfältig gezählt wurden, bereitete die Mädchen darauf vor, Produkte in gleichbleibender Qualität herzustellen. Zudem trainierte es sie im Stillsitzen und im Befolgen von Anweisungen. Welche Spuren dieser Schulbesuch auch an den Körpern der Mädchen hinterlassen hat, kann nur erahnt werden.

Linda Mahood argumentiert, dass das Paradoxe an dem System der staatlich errichteten Industrieschulen in Schottland darin lag, dass die Arbeit in diesen Einrichtungen Frauen aus der Mittelschicht von ihren häuslichen Pflichten befreite. Sie verließen ihr eigenes Zuhause, um Mädchen aus proletarischen Familien davon zu überzeugen, häuslich zu sein.¹⁹⁴ Bemerkenswert für den Wiener Fall ist, dass die Vereinsschulen bereits bestehende Arbeitsschulinhaberinnen in das Vereinsnetz übernahmen und Arbeitsplätze für Handarbeitslehrerinnen schufen. Unklar ist jedoch, ob mit der Integration von Privatschulinhaberinnen auch deren Schülerinnen in das unentgeltliche System integriert wurden.

Adelige Frauen führten ihre wohlthätige Arbeit, die gemäß ihrer sozialen Herkunft von ihnen gefordert wurde, im Vereinskontext weiter. Sie verfügten qua ihrer sozialen Herkunft über ein Sendungsbewusstsein und arbeiteten, im Fall der Wiener *Gesellschaft adeliger Frauen*, zumindest in Wien in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, nicht eng mit dem katholischen Klerus zusammen. Für Frauen bürgerlicher Herkunft eröffnete das Engagement zur Gründung von Arbeitsschulen nach 1848 eine beispiellose Gelegenheit, sich gesellschaftlich einzubringen. Frauen, die sich in Vereinen engagierten, erhielten für ihre »Rettungsmissionen« öffentliche Anerkennung und die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen und ihre Werte zu vermitteln. Viele von ihnen nutzten in späteren Jahren ihr Know-how, um weitere Vereine zu gründen.

In den 1860er-Jahren rückte die »Frauenfrage« mit dem Ruf nach Berufsbildungsmöglichkeiten für Mädchen der »Mittelschicht« in den Fokus der Aufmerksamkeit. Mit der Gründung des *Wiener Frauen-Erwerb-Vereins* im Jahr 1866 fokussierten sich Frauen

194 L. Mahood: Family Ties, S. 42–64, hier S. 59.

auf die Erwerbsausbildung von Mädchen aus bürgerlichen Kreisen. Iduna Laube, die sich 1866 als Vorsitzende des Gründungskomitees engagierte, konnte zu diesem Zeitpunkt bereits auf eine fünfzehnjährige Vereinstätigkeit im Ausschuss des *Frauenvereins für Arbeitsschulen* zurückblicken. Sie war zudem Vorsteherin der Arbeitsschul-Filiale Matzleinsdorf und Gründungsmitglied des *Evangelischen Frauenvereins Wien* (1860). Gabriele von Neuwall war zunächst im Ausschuss des Frauen-Erwerb-Vereins tätig, wurde 1867/68 Vize-Präsidentin und von 1869 bis 1872 Präsidentin. Seit 1851 war sie auch im Komitee des *Frauenvereins für Arbeitsschulen* aktiv und führte diese Arbeit parallel zu ihrer Tätigkeit im *Frauen-Erwerb-Verein* fort. Ähnlich verhielt es sich mit Mathilde von Lippitt (1826–1905), die viele Jahre in beiden Vereinen in unterschiedlichen Funktionen arbeitete und 1896 die *Frauenvereinigung für soziale Hilfstätigkeit* mitbegründete, die Arbeiterinnen Unterstützung zur Selbsthilfe bot. Helene von Hornbostel, die erste Präsidentin des Wiener Frauen-Erwerb-Vereins, war seit 1851 Mitglied des mit dem *Frauenverein für Arbeitsschulen* konkurrierenden *Frauen-Wohltätigkeitsvereins für Wien und Umgebung*. Insgesamt hatten vier der Frauen, die 1866 maßgeblich an der Gründung des Frauen-Erwerb-Vereins beteiligt waren, jahrelange Erfahrungen in der Vereinsarbeit.¹⁹⁵ Die Verwobenheit von Vereinskontext und Privatschulen zeigt sich auch in der Kooperation des *Wiener Frauen-Erwerb-Vereins* mit der privaten Handelslehranstalt für Mädchen von Marie Kühnel, geb. Illersberger (1828–1871), um die Aus- und Weiterbildung im kaufmännischen Bereich zu fördern.¹⁹⁶

195 W. Schütz: Positionierungen, S. 8–23, hier S. 8f.

196 Auch Antonie Machold (siehe Kapitel 1) besuchte den vom Frauenerwerb-Verein finanzierten Kurs im Jahr 1868. Wiener Frauen-Erwerb-Verein. Rechenschaftsbericht für das Jahr 1868, Wien: Selbstverlag 1869, S. 16.